

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Neu in Deutschland: Eine Mitte-Links-Regierung kommt in Gang – S. 3*
- *Ukrainekonflikt und Journalismus: Kritik von ehemaligen Amtsträgern wird beiseite geschoben – S. 6*
- *Bürgerbegehrensbericht 2014 – S. 13*
- *IG Metall, Standortpolitik und Industrie 4.0 – S. 16*
- *Begriffsgeschichte: Wer redet hier eigentlich vom „Heiligen Krieg“ – S. 18*

Ausgabe Nr. 12 am 11. Dezember 2014, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/815343 oder 0178/2877571, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:



Vor dem Schaden klug sein. Innenpolitiker zeigen sich besorgt über die wachsende „PEGIDA-Bewegung“. Das ist heuchlerisch, so die Vorsitzende der Linken, Katja Kipping. Sie erklärt: Unter den Innenpolitikern wächst die Sorge über die Anti-Islam-Bewegung „PEGIDA“, sie würde Vorurteile und Ängste mit ausländerfeindlicher Hetze schüren. Unweigerlich erinnert das an Goethes „Zauberlehrling“. Die ich rief, die Geister, werd' ich nun nicht los. Gerade Innenminister der Union waren es doch, die über Jahre hinweg an genau dem gesellschaftlichen Klima gearbeitet haben, das wir heute vorfinden. Sie waren es, die die Angst vor „Armutszuwanderung“ geschürt haben, die das Asylrecht ein ums andere Mal verschärft haben, die mit der Regelung vermeintlich sicherer Drittstaaten die Trutzborg Deutschland innerhalb der Festung Europa errichtet haben. Sie waren es, die eine restriktive Zuwanderungspolitik betrieben, die bürokratische Hürden errichteten für Menschen in Not und durch mangelnde Verantwortung maßgeblich zu diesem Klima der Ablehnung beitrugen.

Diese Politik ist es, die den Boden bereitet hat, für das, was sich nun Woche für Woche in Dresden, Köln und anderen Städten abspielt. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der PEGIDA-Demonstrationen sind nicht nur die wirtschaftlich und sozial Abgehängten, sie kommen zunehmend aus der Mitte der Gesellschaft. Auch hier scheint es legitim, nach den Schwächeren zu treten.

Wer dies tut, ist nicht mutig, sondern feige. Notwendig ist Aufklärung und Protest. Die Linke beteiligt sich an den Gegendemonstrationen; wir brauchen den Ungehorsam der Zivilgesellschaft und eine gelebte Willkommenskultur. Wie die aussehen kann, zeigt sich in Thüringen: Als eine der ersten Maßnahmen von Rot-Rot-Grün wurde ein Abschiebestopp über den Winter verfügt.

Die CSU im Kulturkampf – aus heiterem Himmel?

div. Publikationen. maf. Im Koalitionsvertrag zwischen CSU, CDU und SPD wird die Absicht angekündigt, nach der erfolgreichen Einführung der sprachlichen Bildung durch spezialisierte Fachkräfte in den Bundesprogrammen „Frühe Chancen Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ die sprachliche Bildung weiter in den pädagogischen Alltag integrieren zu wollen. Man wolle Eltern von Kindern mit Migrationshintergrund besser erreichen. Hierzu werde ein Bundesprogramm „Eltern stärken“ aufgelegt, durch das Eltern mit Migrationshintergrund direkt in die Arbeit von Kitas und Schulen einbezogen werden sollen. (<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf>, S. 71 bzw. 75).

Dass auf diese Weise die Sprache des Herkunftslandes faktisch in die Rolle einer Zweitsprache befördert wird, ist kaum zu bestreiten. Der jüngste Leitantrag an den CSU-Parteitag, im dem zunächst es hieß: „Wer dauerhaft hier leben will, soll dazu angehalten werden, im öffentlichen Raum und in der Familie deutsch zu sprechen“ stellt trotzdem eine Steigerung dar, denn in dem Verbum „soll angehalten werden“ steckt ein Auftrag an all die staatlichen Einrichtungen, die Erziehungs- und Bildungsangebote bereitstellen. Erzieher/innen und Lehrkräfte können durchaus Druck auf das Elternhaus ausüben. Sie werden aufgefordert, sich in die Sprachgemeinschaft zwischen Eltern und Kindern einzumischen. Das ist schlimm genug, aber noch schlimmer ist, dass durch eine solche Beschlussfassung die diffuse Öffentlichkeit bevollmächtigt wird,

den Gebrauch von Fremdsprachen in der Öffentlichkeit zu rügen.

Die CSU hat auf Druck der Öffentlichkeit die Passage umgewandelt. Die neue Fassung lautet nun: „Wer dauerhaft hier leben will, soll motiviert werden, im täglichen Leben Deutsch zu sprechen.“ Diese Formulierung nimmt die direkte Bedrohung fremdsprachlicher Kulturen durch Behörden und fremdenfeindliche Mobilisierung etwas zurück. Man muss also damit rechnen, dass im Freistaat Bayern gegen Bestrebungen zur Pflege fremdsprachlicher Kultur ein scharfer Wind aus den Behörden und im täglichen Leben entgegenwehen wird. Da kulturelle und religiöse Praktiken auf das engste mit dem Sprachgebrauch verbunden sind, nährt die Positionierung der CSU-Mehrheit den Kulturkampf, den anzufachen die extreme Rechte strebt. Es muss an dieser Stelle festgehalten werden, dass die Positionierung im Koalitionsvertrag diese Entwicklung keineswegs ausgeschlossen hat.

Energiewende: Hinweis auf Widersprüche zur EU-Politik

www.nzz.ch, 2.12. alk. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtete über die Kritik des Magdeburger Ökonomeprofessor Joachim Weimann an der Politik der deutschen Bundesregierung zur Energiewende. Das wäre an sich nicht bemerkenswert, es gibt viele solche Kritiken. Zudem hat die Magdeburger Universität eine gewisse Nähe zur ostdeutschen Braunkohlewirtschaft und eine interessensgeleitete Wissenschaft ist die Ökonomie ja nur zu oft. Dennoch kann die Kritik nicht einfach abgetan werden.

Weimann sieht einen Widerspruch zwischen der Subventionierung der erneuerbaren Energien und dem EU-weiten Handeln mit CO₂-Emissions-

rechten. Zur Erläuterung:

CO₂-Emissionsrechte wurden an bestehende Anlagen zur Stromerzeugung und energieintensiver Industrien (Stahl- und Aluminiumproduktion) vergeben. Ein anderer Teil wird jeweils zu Jahresbeginn versteigert. Ein Zertifikat berechtigt zur Emission von einer Tonne CO₂. Kann nun eine Firma ihren CO₂-Ausstoß verringern, kann sie Zertifikate an der Börse verkaufen. Da in jedem Jahr weniger Zertifikate vergeben werden als die Emission in der Vergangenheit betrug, entsteht ein Anreiz, die Produktion von CO₂ zu verringern. Die EU legt eine jährliche Grenze für CO₂-Emissionen fest, die allmählich sinkt, so dass im Jahr 2030 um 40 Prozent weniger CO₂ ausgestoßen werden soll im Vergleich zum Startjahr 2005. Die Idee dabei: Der Staat schreibt vor, dass CO₂ reduziert werden muss, aber mit welcher Technik das geschieht, bleibt einem marktförmigen Wettbewerb überlassen.

Warum konterkariert nach Weimann die Politik der Bundesrepublik dieses EU-weite Ziel der CO₂-Reduktion? Es würden zwei Ziele aufgestellt, die so nicht miteinander vereinbar sind. Zum einen werden die erneuerbaren Energien mit einer 20jährigen Abnahme- und Preisgarantie für deren Erzeuger subventioniert. Die sehr attraktiven Bedingungen haben dazu geführt, dass inzwischen ein Viertel der Stromerzeugung durch Sonne und Wind geschieht. Das steht aber im Konflikt mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß um 40 Prozent zu senken. Denn weil die Kohle- und Gaskraftwerke wegen der enormen Subventionierung der erneuerbaren Energien ihre Produktion zurückfahren, werden CO₂-Emissionsrechte frei, die in anderen europäischen Ländern genutzt werden, per Saldo ändert sich also an der produzierten CO₂-Menge nichts. Außerdem sei die teure Subven-

tionierung der erneuerbaren Energien in Deutschland kontraproduktiv zum Ziel des Emissionshandels, dass dort reduziert wird, wo es am günstigsten ist.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ zitiert Weimann zu den geschätzten Kosten: „Wie groß die Ineffizienzen wegen der Energiewende sind, lässt sich an den Kosten ablesen, die entstehen, um eine Tonne Kohlendioxid zu vermeiden. Für Solarstrom belaufen sie sich in Deutschland laut Weimann auf 400 Euro pro Tonne CO₂, für Windanlagen im Meer auf 380 Euro. Auch bei Windanlagen auf dem Land seien es noch 100 Euro bis 150 Euro. Im konventionellen Kraftwerksbau würde die gleiche Einsparung von CO₂ jedoch weniger als 10 Euro kosten, erörtert der Ökonom. Man könnte die Einsparung von Kohlendioxid also 10- bis 40-mal billiger haben, wenn man ganz auf den Markt für Emissionszertifikate setzen würde. Die bereits eingegangenen Zahlungsverpflichtungen an die Produzenten von Wind- und Solarstrom belaufen sich laut Weimann auf 420 Mrd. Euro. Zudem muss wegen der dezentralen Produktion das ganze Leitungsnetz umgebaut werden. Ein Blick in die Statistik zeigt, dass Deutschland diese enormen Summen einsetzt, um gerade einmal ein bis zwei Prozent des gesamten Energiebedarfs (neben Elektrizität auch für Wärme und Verkehr) durch Wind- und Sonnenkraft zu decken.“

Ob der von Weimann bevorzugte Emissionshandel tatsächlich für die angestrebte CO₂-Reduktion ausreichen würde, kann ja durchaus kontrovers diskutiert werden; aber dieser Emissionshandel ist derzeit europäischer Konsens. Damit besteht zwischen der nationalen Energiepolitik der deutschen Bundesregierung und der europäischen Energiepolitik ein schwelender Konflikt.

Neu in Deutschland: Eine Mitte-Links-Regierung kommt in Gang

Überregional wenig beachtet wurden die Sachpunkte des Koalitionsvertrags. Und doch hat sich gerade hier eine bedeutsame Verschiebung der Koordinaten linker Politik ereignet. Grundlage der Koalition ist der Plan, die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, die demokratische Teilhabe an der Planung und Verwirklichung politischer Vorhaben zu verbessern und menschenunwürdige Verarmung nicht zuzulassen. Die Thüringer Koalition steht und fällt mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Skandale des von der CDU beherrschten Thüringer Politik-

betriebes haben SPD und Grüne bewogen, in eine Mitte-Links-Regierung einzutreten, der Wunsch nach geordneten Verhältnissen. Wirtschaftliche Entwicklung in nicht peinlichen, sondern rechtlich geordneten Verhältnisse, damit steht und fällt der Zusammenhalt der Koalition, die mit einer Stimme Mehrheit auskommen muss. Aus der Zivilgesellschaft Thüringens und auch aus Wirtschaftskreisen gibt es viele Signale der Zustimmung. Thüringen hat in der Zeit der Anpassung an ein neues System des Wirtschaftens vielfältige Erfahrungen von Überformung

und Besserwisserei gemacht. So ist die Ausstattung mit Infrastruktur oft an den Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft vorbei erfolgt. Wenn die Mitte-Links-Regierung verspricht, diese Impulse aufzunehmen, kann der Einsatz öffentlicher Mittel effektiver werden. Es muss also nicht zum Krach mit der Wirtschaft kommen.

Weit über die Grenzen des Bundeslandes hinaus reichte die Diskussion, die um das Problem der Handhabung politischer Macht geführt wurden. Die Charakterisierung der DDR als Unrechtsstaat setzt hohe Maßstäbe für

die Beurteilung von rechtlicher Ordnung und staatlichem Handeln der BRD. Denn dieser Charakterisierung liegt der Vorrang der individuellen Freiheitsrechte, der Menschenrechte zugrunde, an dem staatliche Machtbefugnisse aufhören müssen. Eine solche Schranke des politischen Handelns und der politischen Legitimation hat die Staatsdoktrin der DDR nicht gezogen. Linke Politik zieht sie, und sie zieht diese Grenze gerne. Die Diskussion um die Absage an das Unrecht des politischen Regimes der DDR macht die Linke frei, Fürsprecher und Bürge der Menschenrechte zu sein. Und so ist es möglich, dass die Thüringer Koalition mit der Korrektur der menschenrechtlich mehr als nur bedenklichen Konstruktion und Arbeitsweise des Verfassungsschutzamtes beginnen kann.

Weil das Regierungsprogramm der Mitte-Links-Koalition aussichtsreich ist, und zu einem besseren Auskommen der Bürgerinnen und Bürger führen

dürfte, nimmt es der Umverteilungspolitik, die diese Koalition machen muss, wenn sie schreiende soziale Missstände beheben will, die Spitze. Sie ist unter einem Plus bzw. einer schwarzen Null für alle Wirtschaftssubjekte denkbar. Möglicherweise war eine Koalitionsbildung unter Führung der Linken überhaupt nur möglich, weil die Rechtslage inzwischen eine Finanzierung von Sozialstaatsleistungen über Staatsverschuldung nicht mehr erlaubt, sicher ist, dass Ramelow versichert, diese Bedingung respektieren zu wollen.

In den vielen Interviews, die der frischgebackene Ministerpräsident zu geben hatte, wurde unverkennbar deutlich, dass Ramelow als Landespolitiker plant. Gewiss wird ihm auch vorschweben, etwas für die Entwicklung der Linken in Deutschland, in Europa und darüber hinaus zu erreichen, aber diesen schönen Effekt kann die Thüringer Regierungskoalition nur

erreichen, wenn sie in Thüringen erfolgreich ist. Eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber eine Selbstverständlichkeit mit unerwarteten Folgen für die Art und Weise linker Politik. Denn in dieser Strategie fallen die berühmten entlarvenden Forderungen aus. Was immer man fordert, steht unter Verwirklichungsvorbehalt.

Im politischen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland hat die Verschiebung der politischen Koordinaten in Bundesländern nur selten einen unmittelbar sichtbaren Einfluss auf den Gang der Ereignisse. Typischerweise sind es kleine Entscheidungen, an denen die Tendenz einer Regierung kenntlich wird. Wenn es gut geht, kommt mehr Raum für die individuelle Lebensgestaltung, mehr Möglichkeiten direkter Demokratie und weniger verletzte, ausweglose Armut, ein politischer Klimawandel, der zu einem anderen Blick auf die große Politik einlädt.

Martin Fochler, Alfred Küstler

Dokumentiert: aus der Präambel des Koalitionsvertrags von Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch

Ein Vierteljahrhundert nach der friedlichen Revolution gehen Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen erstmals eine Koalition ein. Wir bilden eine Landesregierung, die auf dem Erreichten aufbaut, Bewährtes sichert und entschlossen neue Wege geht. Demokratie lebt von Veränderung, Teilhabe und Erfahrung. Wir übernehmen Verantwortung für Thüringen und stellen uns einer ernsthaften Aufarbeitung der Vergangenheit. Wir wollen in der Landespolitik eine neue Kultur des Zuhörens und Mitmachens etablieren, die auf die konstruktive Suche nach der besten Lösung für die in Thüringen lebenden Menschen setzt und diejenigen zusammenführt, die Thüringen gemeinsam voranbringen wollen. Wir bilden eine Landesregierung, die sich auch denen zuwendet, die andere Überzeugungen und Ideen haben. Wir treten mit ihnen in den Dialog und suchen nach gemeinsamen Wegen.

Die Entwicklung, die der Freistaat Thüringen seit der 1989/1990 gewonnenen Freiheit genommen hat, ist trotz teils schwieriger und schmerzhafter Veränderungsprozesse beeindruckend. Das ist die große Leistung der Bürgerinnen und Bürger, der demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Unternehmen, Verbände, Initiativen, Vereine, Kirchen und ehrenamtlich Engagierter. Viel wurde in den vergangenen 25 Jahren geschafft, aber noch können nicht alle davon profitieren. Noch liegen große Herausforderungen vor uns. Auf diesem Weg möchten wir niemanden zurücklassen.

Thüringen ist ein Land im Wandel. Die neue Landesregierung wird diesen Wandel gestalten: sozial gerecht, demo-

kratisch und ökologisch. Die Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Zivilgesellschaft sind Schlüsselaufgaben für die Zukunftsfähigkeit des Landes. Wir werden uns für gute Arbeit, gegen Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse einsetzen und wollen die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen schützen. Der demografische Wandel verlangt nach bürgernahen und demokratischen Lösungen. Gleichzeitig müssen wir die natürlichen Lebensgrundlagen für kommende Generationen schützen. (...) Trotz des auslaufenden Solidarpakts, sinkender EU-Fördermittel und einer wechselhaften Konjunktur soll unsere Finanzpolitik nachhaltig sein und Spielräume für notwendige Investitionen lassen. Die Kommunen brauchen finanzielle Unterstützung, um ihre Aufgaben zuverlässig zu erfüllen. Thüringen muss ein weltoffenes Land sein, das Menschen willkommen heißt und Zuwanderung als Bereicherung versteht. Flüchtlinge finden in Thüringen eine humanitäre Aufnahme.

Der Kampf gegen alte und neue Nazis, gegen Rassismus und Antisemitismus muss entschlossen fortgesetzt werden. Unter dem Eindruck der abscheulichen Verbrechen des sogenannten „NSU“, dessen Ursprünge in Thüringen und dem Versagen der hiesigen Sicherheitsbehörden liegen, bekennen sich Die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen eingedenk der Opfer jener rassistischen und rechtsterroristischen Gewalttaten zu der hieraus erwachsenden besonderen Verantwortung. (...) So werden wir eine Verfassungsschutzreform umsetzen, die Schluss macht mit

einem intransparenten und unzuverlässigen V-Leute-System. (...)

Für Bündnis 90/Die Grünen und die SPD als Parteien, die in und aus der Bürgerrechtsbewegung der DDR hervorgegangen sind, ebenso wie für die Partei Die Linke ist die Aufarbeitung der SED-Diktatur in all ihren Facetten weder überflüssig noch rückwärtsgewandt. Dabei geht es um eine demokratische Kultur von morgen. Für eine Aufarbeitung in die Gesellschaft hinein ist es von Bedeutung festzuhalten: die DDR war eine Diktatur, kein Rechtsstaat. Weil durch unfreie Wahlen bereits die strukturelle demokratische Legitimation staatlichen Handelns fehlte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit in der DDR ein Ende haben konnte, wenn einer der kleinen oder großen Mächtigen es so wollte, weil jedes Recht und jede Gerechtigkeit für diejenigen verloren waren, die sich nicht systemkonform verhielten, war die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat. Daraus erwächst besondere Verantwortung. (...)

Im Bewusstsein unserer unterschiedlichen politischen Herkunft wenden wir uns gemeinsam den großen Zukunftsaufgaben unseres Landes zu. Wir werden gemeinsam eine Politik verwirklichen, die den sozialen Ausgleich stärkt, für handlungsfähige Kommunen sorgt, mehr direkte Demokratie wagt und die Energiewende konsequent umsetzt. Die neue Landesregierung wird die Prioritäten ihrer Politik an gemeinsam verabredeten Leitprojekten ausrichten, in denen wir Mehrausgaben konzentrieren, ohne dafür neue Schulden zu machen (...)

Dokumentiert: Antrittsrede von Ministerpräsident Bodo Ramelow am 5. Dezember im Thüringer Landtag

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bedanke mich für das Vertrauen, das mir die Mehrheit der Abgeordneten mit eben ausgesprochen hat. Ich möchte auch diejenigen ansprechen, die mir heute nicht ihr Vertrauen aussprechen konnten oder wollten. Trotz aller Differenzen hinsichtlich der inhaltlichen Vorstellungen ist mir an einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Opposition gelegen.

Das Wahlergebnis vom 14. September hat uns allen viel zu denken gegeben, damit meine ich nicht nur die knappen Mehrheitsverhältnisse hier im hohen Haus, sondern vor allem auch die niedrige Wahlbeteiligung. Es ist mir ein besonders Anliegen, dass wir alle gemeinsam daran arbeiten, die Menschen im Lande stärker in die Politik, die sie selbst betrifft, einzubeziehen und mitgestalten zu lassen.

Anlässlich meiner Wahl zum Ministerpräsidenten möchte ich an dieser Stelle ein paar Anmerkungen zur Art des Umgangs unter uns machen, und welche Bedeutung ich dem für das Land beimesse.

Die letzten Wochen, Herr Landtagspräsident Carius sprach es an, hat dieses Land intensive politische Debatten erlebt, bei denen es einerseits um die Inhalt des Regierungshandelns der nächsten fünf Jahre ging, bei denen aber andererseits auch die Symbolik eine große Rolle spielte. Mit der Art, mit der wir uns hier im Parlament und darüber hinaus auseinandersetzen, entscheiden wir auch über die politische Kultur dieses Landes. Die Geschichte lehrt uns, dass ein fairer und respektvoller Umgang unter politischen Kontrahenten nicht selbstverständlich ist. Er muss aktiv und jeden Tag neu hergestellt werden. Ich, von meiner Seite, will das tun.

Ich danke ausdrücklich an dieser Stelle dem Fraktionsvorsitzenden der regierungstragenden Fraktionen, Herrn Mike Mohring, Kollegen Höhn und Herrn Kollegen Pidde, in der Zeit, wo es mir möglich, uns möglich war, als Opposition mit Ihnen über die Grenzen von Regierung und Opposition zusammenzuarbeiten.

Ich danke ausdrücklich Christine Lieberknecht als Ministerpräsidentin für eine Amtszeit, in der es auch gelungen ist, besondere Akzente zu setzen. Professor Walter Homolka ist heute hier und nimmt an der Parlaments-sitzung teil. Dass es möglich ist, dass die jüdische Theologie in Deutschland an einer Universität nach 200 Jahren zum normalen Lehrfach geworden ist, ist nicht ganz normal und, liebe Christine Lieberknecht, es ist Ihnen zu danken, dass andere Parlamente sich dann bewegt haben und die jüdische Theologie zu einem normalen Lehrfach

in Deutschland wurde. Dankeschön dafür.

Als jüngerer Mensch habe ich über einen Satz von dem Bundespräsidenten Johannes Rau immer ein bisschen gelächelt. Heute weiß ich, dass dieser Satz viel bedeutsamer ist, wie ich damals wahrgenommen habe. Sein Leitmotiv hieß: Versöhnen statt spalten. Ich glaube, daran wird sich die neue Landesregierung messen lassen müssen und daran werde ich auch mich persönlich messen lassen müssen.

Nur, wer den anderen so behandelt, wie er selbst von ihm behandelt werden wollte, nur so können wir den Menschen glaubhaft vermitteln, dass Solidarität, Fairness und Respekt uns alle zusammen weiterbringen.

Fast die Hälfte der Menschen in Thüringen ist bei der letzten Landtagswahlen zuhause geblieben. Mich sorgt das sehr, und ich glaube, wir alle in diesem hohen Hause sollten das als Herausforderung begreifen, Politik wieder näher an die Menschen zu bringen, damit sie sich einmischen in die Demokratie, die sie sich vor 25 Jahren selbst erkämpft haben. Aus Umfragen wissen wir, dass viele dieser Menschen deshalb nicht wählen gehen, weil sie nicht oder nicht mehr den Eindruck haben, dass die Politik, damit meinen sie uns alle, dass diese Politik etwas für sie selber verändern würde, etwas zum Besseren schaffen würde, obwohl es aus unserer Sicht, gemeinsam hier im Parlament, immer Verbesserungen gegeben hat, und trotzdem fühlt der Einzelne sich abgehängt; und deswegen müssen wir einen Blick für die Menschen haben, die uns nicht mehr zutrauen, dass wir ihre Lebensverhältnisse verbessern. Daran müssen wir uns als Politiker messen lassen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der Tribüne hat ein für mich sehr wichtiger väterlicher Freund Platz genommen, und den spreche ich an. Lieber Andreas Möller, die Partei, der ich beigetreten bin, hat in ihrer Quellpartei eine Partei, in deren Namen Du im Gefängnis gesessen hast. Es lässt mich nicht ohne Emotion, wenn ich weiß, dass Deine Freundschaft zu mir ein langer Weg war und Du mich oft für meine Parteimitgliedschaft attackiert hast und gesagt hast, darüber müssen wir reden, weil Deine Partei hat viel Unrecht über Menschen gebracht. Andreas Möller hat im Stasi-Knast in Potsdam gesessen, er hat mich mitgenommen an den Ort, an dem er im Blut gelegen hat, und er hat dann in Waldheim mehrere Jahre gesessen, und ich kann nur sagen, lieber Andreas Möller, Dir und allen Deinen Kameraden, kann ich nur die Bitte um Entschuldigung überbringen.

Ich kann sagen, die Landesregierung

und unsere drei Parteien haben sich deswegen so intensiv mit dem Thema Aufarbeitung und DDR-Unrecht beschäftigt und einiges in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, was wir angehen wollen, mit denen, die mit uns gemeinsam diesen Weg gehen wollen. Die Einladung gilt, und die Bitte, mich, uns mitzunehmen in den Dialog. Wir brauchen im 25. Jahr der friedlichen Revolution die Räume, um miteinander ins Gespräch kommen zu können.

Es grämt mich, wenn ich Plakate sehe, die gegen Mike Mohring gerichtet sind, und es beschämt mich, wenn ich sehe, wie das Wahlkreisbüro Haskala von Katharina König mit „Juden-Feinde“ beschmiert wird. Alles das sind Anzeichen eines politischen Klimas, bei dem wir gemeinsam zusammenstehen müssen, dass aus Worten nicht Taten werden.

Ich habe in den letzten Tagen häufig gehört, dass heute ein historisches Moment sei. Nein, historischer Moment war gestern vor 25 Jahren in Erfurt als die Erfurter und Erfurterinnen sich aufgemacht haben, die Zentrale des Machtapparates friedlich zu besetzen und damit dem Prozess eingeleitet haben, der es erst möglich gemacht hat, dass ich heute hier stehen kann.

Deshalb meine Damen und Herren, müssen wir gemeinsam den Weg der Aufarbeitung gehen, und deshalb meine Damen und Herren, müssen wir unseren Anteil mit in diese Aufarbeitung mit hineinbringen. Ich danke den drei Koalitionsparteien, dass wir den Koalitionsvertrag intensiv erarbeitet haben, ich danke den Kollegen, die mir gezeigt haben, dass man in Koalitionsverhandlungen Kraft tanken kann und nicht gegeneinander steht. Das ist eine neue Qualität. Und ich möchte, dass die Staatskanzlei ein offenes Haus wird für das Parlament und für die regierungstragenden Parteien.

Ich denke aber auch, wir müssen Zeichen setzen für die Menschen, die sich in Thüringen nicht mehr eingebunden finden, Langzeitarbeitslosen, Menschen, die in der Altersarmut sind, an die müssen wir denken, daran müssen wir uns messen lassen, und deshalb haben wir ein ehrgeiziges Programm.

Und dafür bitte ich um eine faire Behandlung wechselseitig, hart in der Sache, Mike Mohring und ich haben uns nie etwas geschenkt in der politischen Auseinandersetzung, die erwarte ich, aber es gab immer die Fairness, wenn es für das Land wichtig war, miteinander zu reden.

Und deshalb meine Damen und Herren, einen guten Start, eine gute Regierungsarbeit, auf gute Zusammenarbeit, vielen Dank.

(eigene Abschrift des Video-Mitschnittes von Phoenix)

Kritik von ehemaligen Amtsträgern wird beiseite geschoben

Auf die hier dokumentierte Erklärung wurden wir durch eine Erwähnung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ aufmerksam. Die breite Medienöffentlichkeit hat sie nicht erreicht. Man hätte erwarten sollen, dass die unterzeichnenden Personen von Zeitungen, Funk und Fernsehen befragt würden, aber das ist ausgeblieben. Ein Zerwürfnis, das sich im politischen Sektor durch die Parteien und durch die christlichen Bekenntnisgemeinschaften zieht, wird von den Medien nicht weiterverarbeitet. Wir sind schon einmal auf dieses Phänomen getroffen, als die Kritik des Programmbeirats des ARD-Fernsehens von den Medien kaum wahrgenommen wurde bzw. als Äußerung von durch russische Propaganda beeinflusste Laien abgetan wurde.

Die wahrscheinlichste Erklärung der Tatsache ist, dass der bundesdeutsche Journalismus in der EU-Grenzkrise aus der Rolle des Beobachters in die des Antreibers wechselte. Obwohl der Anteil der Menschen, die heute mit neuen und alten Medien publizieren, so hoch sein dürfte wie noch nie, zeigt sich hier die Macht der organisierten Presse, des journalistischen Milieus. Auf welcher Grundlage ist das möglich? Eine Ursache ist gewiss der Zugang zu den Massenmedien, der dem professionellen Journalismus reserviert ist. Aber das ist keine ausreichende Erklärung. Der angesprochene Fragenkomplex – Völkerrecht, universelle Menschenrechte, wirtschaftliche Verflechtungen, Tatsachen aus dem Kriegsgeschehen – ist für die zivilen Bürgerinnen und Bürger kaum zu überschauen. Das politische

Urteil der Vielen ist auf fachliche Leistungen von Spezialisten angewiesen. Es ist eine Frage des Vertrauens in die Medienleute, und dieses Vertrauen, auch wenn es nicht blind ist, hat sich doch über Jahrzehnte aufgebaut. Auf dieser Grundlage ist der Verlust zum unparteilichen Urteil, wenn er allgemein wird, eine echte Katastrophe. Die Medien bekräftigen ihre eigenen Fehler, das Publikum muss dem Journalismus vertrauen, die Erschließung und Verarbeitung von Quellen mit den Bordmitteln des durchaus kritischen mündigen Bürgers fällt aus. So kommt es zu Verschiebungen in der öffentlichen Meinung, die wiederum die politisch Handelnden unter Druck setzen. Die Bildner der öffentlichen Meinung können es sich leisten, über die mahnenden Worte von in Ämtern

Rund 60 Persönlichkeiten, darunter viele aus der alten Nomenklatura der Bundesrepublik, haben einen Aufruf unterzeichnet, in der sie vor einer Überspannung des Ukraine-Konflikts warnen, die ihrer Meinung nach die Kriegsgefahr für Europa beträchtlich erhöht. Unter den Unterzeichnern: Ex-Kanzler Gerhard Schröder, Ex-Bundespräsident Roman Herzog, mehrere ehemalige Bundesminister und Länder-Ministerpräsidenten. Initiatoren waren der ehemalige Kanzlerberater Horst Teltschik (CDU), der frühere Verteidigungsstaatssekretär Walter Stütze (SPD) und sogar aus den Grünen fand sich mit der Bundestagsvizepräsidentin a.D. Antje Vollmer eine Prominente. Zeit-Online hat diesen Aufruf veröffentlicht, wir dokumentieren:

Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!

Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Alle Europäer, Russland eingeschlossen, tragen gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Nur wer dieses Ziel nicht aus den Augen verliert, vermeidet Irrwege.

Der Ukraine-Konflikt zeigt: Die Sucht nach Macht und Vorherrschaft ist nicht überwunden. 1990, am Ende des Kalten Krieges, durften wir alle darauf hoffen. Aber die Erfolge der Entspannungspolitik und der friedlichen Revolutionen haben schläfrig und unvorsichtig gemacht. In Ost und West gleichermaßen. Bei Amerikanern, Europäern und Russen ist der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen, verloren gegangen. Anders ist die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten ohne gleichzeitige Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau, wie auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putin, nicht zu erklären.

In diesem Moment großer Gefahr für

den Kontinent trägt Deutschland besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens. Ohne die Versöhnungsbereitschaft der Menschen Russlands, ohne die Weitsicht von Michael Gorbatschow, ohne die Unterstützung unserer westlichen Verbündeten und ohne das umsichtige Handeln der damaligen Bundesregierung wäre die Spaltung Europas nicht überwunden worden. Die deutsche Einheit friedlich zu ermöglichen, war eine große, von Vernunft geprägte Geste der Siegermächte. Eine Entscheidung von historischer Dimension. Aus der überwundenen Teilung sollte eine tragfähige europäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok erwachsen, wie sie von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedsstaaten im November 1990 in der „Pariser Charta für ein neues Europa“ vereinbart worden war. Auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prinzipien und erster konkreter Maßnahmen sollte ein „Gemeinsames Europäisches Haus“ errichtet werden, in dem alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren sollten. Dieses Ziel der Nachkriegspolitik ist bis heute nicht eingelöst. Die Menschen in Euro-

pa müssen wieder Angst haben.

Wir, die Unterzeichner, appellieren an die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa gerecht zu werden. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa. Das geht nur auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle und mit gleichberechtigten, gegenseitig geachteten Partnern. Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft. Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.

Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen. Das wäre unhistorisch, unvernünftig und gefährlich für den Frieden. Seit dem Wiener Kongress 1814 gehört Russland zu den anerkannten Gestaltungsmächten Europas. Alle, die versucht haben, das gewaltsam zu ändern, sind blutig gescheitert – zuletzt das größtenwahnsinnige Hitler-Deutschland, das 1941 mordend auszog, auch Russland zu unterwerfen.

Wir appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, als vom Volk beauftragte Politiker, dem Ernst

Kommentar Putinverstehere Platzek

Der Tabubruch

Die gewaltsame Besetzung von Gebieten im Nachhinein zu legitimieren ist absurd. Und Platzecks diesbezügliche Äußerungen zu Krim und Ukraine sind dumm.



Ein schönes Bild: Matthias Platzek mit Friedenstaube.

Bild: dpa

Matthias Platzecks Äußerungen zur Ukraine-Krise sind skandalös.

Die grün-alternative „taz“ in ihrer Online-Ausgabe vom 18. November

und Funktionen alt gewordenen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens hinwegzusehen, sie legen das wahrscheinlich als Worte von Menschen, die aus der Zeit gefallen sind, bei Seite. Die

Bundesrepublik Deutschland bleibt, wenn man die herrschende Politik und die herrschende Meinung der Medien anschaut, auf Kampf eingestellt, auf Schließung der Reihen, auf Behaup-

der Situation gerecht zu werden und aufmerksam auch über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen. Wer nur Feindbilder aufbaut und mit einseitigen Schuldzuweisungen hantiert, verschärft die Spannungen in einer Zeit, in der die Signale auf Entspannung stehen müssten. Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein.

Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen. Jeder außenpolitisch versierte Journalist wird die Furcht der Russen verstehen, seit Nato-Mitglieder 2008 Georgien und die Ukraine einluden, Mitglieder im Bündnis zu werden. Es geht nicht um Putin. Staatenlenker kommen und gehen. Es geht um Europa. Es geht darum, den Menschen wieder die Angst vor Krieg zu nehmen. Dazu kann eine verantwortungsvolle, auf soliden Recherchen basierende Berichterstattung eine Menge beitragen.

Am 3. Oktober 1990, am Tag der Deutschen Einheit, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: „Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. ... Nun können sie ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, dass daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann. Für die Völker Europas beginnt damit ein

grundlegend neues Kapitel in ihrer Geschichte. Sein Ziel ist eine gesamteuropäische Einigung. Es ist ein gewaltiges Ziel. Wir können es erreichen, aber wir können es auch verfehlen. Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen.“

Bis zum Ukraine-Konflikt wähten wir uns in Europa auf dem richtigen Weg. Richard von Weizsäckers Mahnung ist heute, ein Vierteljahrhundert später, aktueller denn je.

Die Unterzeichner:

Mario Adorf, Schauspieler; Robert Antretter (Bundestagsabgeordneter a. D.); Prof. Dr. Wilfried Bergmann (Vize-Präsident der Alma Mater Europaea); Luitpold Prinz von Bayern (Königliche Holding und Lizenz KG); Achim von Borries (Regisseur und Drehbuchautor); Klaus Maria Brandauer (Schauspieler, Regisseur); Dr. Eckhard Cordes (Vorsitzender Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft); Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin der Justiz a.D.); Eberhard Diepgen (ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin); Dr. Klaus von Dohnanyi (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg); Alexander van Dülmen (Vorstand A-Company Filmed Entertainment AG); Stefan Dürr (Geschäftsführender Gesellschafter und CEO Ekosem-Agrar GmbH); Dr. Erhard Eppler (Bundesminister für Entwicklung und Zusammenarbeit a.D.); Prof. Dr. Dr. Heino Falcke (Propst i.R.); Prof. Hans-Joachim Frey (Vorstandsvorsitzender Semper Opernball Dresden); Pater Anselm Grün (Pater); Sibylle Havemann (Berlin); Dr. Roman Herzog (Bundespräsident a.D.); Christoph Hein (Schriftsteller); Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch (Bundestagsvizepräsident a.D.); Volker Hörner (Akademiedirektor i.R.); Josef Jacobi (Biobauer);

tung des eingenommenen Standpunktes. – Eine bössartige Wortschöpfung, die in diesem Prozess entstanden ist: der Vorwurf des „Putinverstehers“. In dieser Wortkombination wird ist erstens die Unterstellung enthalten, die Russische Föderation sei eine mit der Person Putins identisch geschaltete Diktatur, zweitens aber wird das „Verstehen“ zum Vorwurf gemacht. Wenn eine solche Stimmung vorherrscht, wird jede Suche nach einer Verhandlungslösung zum Verrat, eine Charakterisierung, die der ehemalige Bundeskanzler Schröder mehrfach erfahren hat. In dieser Situation kommt die Entwicklung der außenpolitischen Alternative auf die parlamentarische Opposition zu. So war es, als sich die Union – nicht vergessen – in den sechziger Jahren auf den Alleinvertretungsanspruch (Hallstein-Doktrin) versteift hatte und nicht bereit war, die Grenzen im Osten Europas anzuerkennen. Damals kamen in der SPD andere Ideen zum Tragen, die schließlich in die Öffentlichkeit drangen und eine neue Mehrheit möglich machten.

Martin Fochler, Alfred Küstler

Dr. Sigmund Jähn (ehemaliger Raumfahrer); Uli Jörges (Journalist); Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann (ehemalige EKD Ratsvorsitzende und Bischöfin); Dr. Andrea von Knoop (Moskau); Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz (ehemalige Korrespondentin der ARD in Moskau); Friedrich Küppersbusch (Journalist); Vera Gräfin von Lehndorff (Künstlerin); Irina Liebmann (Schriftstellerin); Dr. h.c. Lothar de Maizière (Ministerpräsident a.D.); Stephan Märki (Intendant des Theaters Bern); Prof. Dr. Klaus Mangold (Chairman Mangold Consulting GmbH); Reinhard und Hella Mey (Liedermacher); Ruth Misselwitz (evangelische Pfarrerin Pankow); Klaus Prömpers (Journalist); Prof. Dr. Konrad Raiser (eh. Generalsekretär des Ökumenischen Weltrates der Kirchen); Jim Rakete (Fotograf); Gerhard Rein (Journalist); Michael Röskau (Ministerialdirigent a.D.); Eugen Ruge (Schriftsteller); Dr. h.c. Otto Schily (Bundesminister des Inneren a.D.); Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer (ev. Theologe, Bürgerrechtler); Georg Schramm (Kabarettist); Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.); Philipp von Schulthess (Schauspieler); Ingo Schulze (Schriftsteller); Hanna Schygulla (Schauspieler, Sängerin); Dr. Dieter Spöri (Wirtschaftsminister a.D.); Prof. Dr. Fulbert Steffensky (kath. Theologe); Dr. Wolf-D. Stelzner (geschäftsführender Gesellschafter: WDS-Institut für Analysen in Kulturen mbH); Dr. Manfred Stolpe (Ministerpräsident a.D.); Dr. Ernst-Jörg von Studnitz (Botschafter a.D.); Prof. Dr. Walther Stütze (Staatssekretär der Verteidigung a.D.); Prof. Dr. Christian R. Supthut (Vorstandsmitglied a.D.); Prof. Dr. h.c. Horst Teltchik (ehemaliger Berater im Bundeskanzleramt für Sicherheit und Außenpolitik); Andres Veiel (Regisseur); Dr. Hans-Jochen Vogel (Bundesminister der Justiz a.D.); Dr. Antje Vollmer (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a.D.); Bärbel Wartenberg-Potter (Bischöfin Lübeck a.D.); Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (Wissenschaftler); Wim Wenders (Regisseur); Hans-Eckardt Wenzel (Liedermacher); Gerhard Wolf (Schriftsteller, Verleger)

Italien: „Job Act“ beschlossen

In Italien hat der Gesetzentwurf zum neuen Arbeitsrecht am Mittwoch, dem 3.12., mit der Zustimmung des Senats die letzte parlamentarische Hürde genommen. Mit dem „Job Act“ genannten Maßnahmenpaket wird vor allem der Kündigungsschutz weitgehend abgeschafft. Während der Abstimmung kamen vor dem Parlament zu Protesten von Arbeitern und Studenten. Für den 12. Dezember haben Gewerkschaften zum Generalstreik aufgerufen.

Quelle: www.randzone-online.de, 5.12.2014

Schweiz: Tiefschlag für die grafische Industrie

Seit dem vertragslosen Zustand 2013 in der grafischen Industrie, der in letzter Minute Dank dem Einsatz der Gewerkschaften noch aufgehoben wurde, ist es für die Arbeitnehmer hart geworden. Die einst stolze Branche mit Vorzeigecharakter, mit einem der fortschrittlichsten Gesamtarbeitsverträge, den die Schweizer Arbeitswelt hatte, zeigt gnadenlose Auflösungserscheinungen. Letztes Beispiel ist die angekündigte Schließung der Traditionsdruckerei der „Neue Zürcher Zeitung“ in Schlieren (ZH). Leidtragende sind 125 Arbeitnehmer. Bis 2015 bleibt der GAV in der grafischen zwar auch weiterhin in Kraft. Dennoch ist er mittlerweile derart schwammig geworden, dass Arbeitgeber es nicht mehr als nötig erachten, die Gewerkschaften – wie vertraglich vereinbart – in solche weitreichenden Entscheide einzubeziehen. Die Gewerkschaft Syna ist empört, dass die NZZ-Druckerei die Schließung via Medien kommuniziert, es aber nicht für nötig erachtet, die Sozialpartner in ein Konsultationsverfahren einzubeziehen.

Quelle: www.syna.ch, 26.11.2014

Montenegro: Baugewerkschaft aktiv

Am 8. Oktober 2014 tagte der Vorstand der montenegrinischen Baugewerkschaft Sgigmcg. In der Sitzung ging es in erster Linie um die chinesischen Investitionen sowie die chinesischen Bauunternehmen, die am Bau des Autobahnprojekts Korridor 11 beteiligt sind. Auch der Hauptverantwortliche der BHI für die Organisation in Südosteuropa nahm an der Sitzung teil. Der Vorsitzende der Sgigmcg, Nenad Markovic, betonte: „Die Gewerkschaftsmitglieder setzen sich heute dafür ein, dass bereits existierende Rechte in der Kollektivvereinbarung verankert bleiben. Wir müssen sicherstellen, dass sämtliche Arbeitnehmerrechte in allen Infrastrukturprojekten Gültigkeit haben. Tausende von Arbeitnehmern werden an diesen Projekten mitarbeiten. Mit dem Beginn der Arbeiten im

Frühjahr 2015 ist unsere Gewerkschaft bereit zu handeln und die Arbeitnehmer zu organisieren.“ Der betriebliche Gewerkschaftsvertreter des Unternehmens Monteput gab einen Überblick über die Arbeiten und die Arbeitsbedingungen auf der 43 Kilometer langen Trasse des Korridors 11 von Smokovac nach Mateševo. Die chinesische Exim-Bank wird einen Kredit in Höhe von 800 Mio. Euro für 85% des Gesamtwertes des Projektes gewähren. Die montenegrinische Regierung wird die Finanzierung der verbleibenden 15 % aus eigenen Mitteln sicherstellen. Zu den wichtigsten am Projekt beteiligten Bauunternehmen gehört die zum chinesischen Unternehmen Cccc gehörende Crbc (China Road and Bridge Corp). 30% der Arbeiten werden von montenegrinischen Bauunternehmen wie beispielsweise Monteput und Crna Gora Put (Strabag) übernommen.

Quelle: www.bwint.org

Polen: 200 Bergleute besetzen Unternehmenszentrale

Zweihundert polnische Bergleute besetzten die Zentrale der KW, des größten Thermalkohleproduzenten der EU, aus Protest gegen Pläne, die Firma zu liquidieren. Die protestierenden Bergleute, u.a. Mitglieder, die zu den Gewerkschaften IndustriALL, Tochtergesellschaften von Kadra und Solidarnosc gehören, lagern seit dem 13. November in Büros der Katowice-Niederlassung des Unternehmens. Sie weigern sich, die Büros zu verlassen, bis sie Gespräche mit Vertretern des Arbeitsministeriums führen können. Sie wollen, dass die polnische Regierung interveniert und die Firma rettet, die bereits im Rahmen eines Umstrukturierungsplans dabei war, die Belegschaft um 26 000 Mitarbeiter zu reduzieren. Über zehntausend Arbeitsplätze sind in den vergangenen zwei Jahren schon abgebaut worden. Der Geschäftsführer von KW sagte gegenüber Gewerkschaftern, dass seine einzige Option, das Unternehmen zu retten, die Entlassung von Bergbau-mannschaften war und die Liquidation mehrerer Minen. Er sagte auch, dass er aus der polnischen Hauptstadt Warschau ohne Unterstützung der Regierung zurückgekehrt ist. Das Unternehmen war vor zehn Jahren mit einer ähnlichen Finanzkrise konfrontiert. Die Regierung griff ein, nachdem Bergleute den Sitz von KW besetzt hatten. „Die Lage der Arbeitnehmer ist sehr angespannt und erfordert eine starke Reaktion und spezifische Maßnahmen auf der Seite der Regierung“, sagte Marek Gacka, Vizepräsident der Kadra Alliance. „Hoffen wir, dass sich die Situation positiv für die Mitarbeiter der Kompania Weglowa entwickelt. Wir versprechen, dass wir hier bis zum Ende bleiben.“ In einer Stellungnahme

vom 17.11. kritisierte eine Koalition von polnischen Gewerkschaften die Regierung für ihre Untätigkeit und Verharmlosung der Probleme bei der Kompania Weglowa S.A.

Quelle: www.industriall-union.org, 17.11.2014

Swasiland: Respekt der Gewerkschaftsrechte gefordert

Die Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI) ist äußerst besorgt über die aktuellen Entwicklungen in Swasiland und verurteilt entschieden den Beschluss der Regierung von Swasiland vom 17. Oktober 2014, sämtliche Gewerkschaften sowie ihre Aktivitäten im Land zu verbieten. Zum jetzigen Zeitpunkt finden in Swasiland Versuche statt, die Arbeitsgesetzgebung gemäß den Empfehlungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu ändern. Der Beschluss der Regierung, die Gewerkschaften im Land zu verbieten, fällt genau in diese Phase und vereitelt diesen Änderungsprozess. Er stützt sich auf falsche Prämissen, widerspricht dem Geist der ILO-Empfehlungen und verletzt Artikel 5 des ILO-Übereinkommens 87, das Arbeitnehmern das Recht auf Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts gewährt. Die seitens der ILO gemachte Empfehlung bestand nicht in einem Verbot von Gewerkschaften, sondern darin, bestimmte Bestimmungen des Gesetzes zu Arbeitsbestimmungen aus dem Jahr 2000 zu ändern, damit Gewerkschaften in Swasiland zugelassen werden. Die Tatsache, dass sich die Regierung des Landes bei der Einführung solcher drakonischen Maßnahmen auf ILO-Empfehlungen stützt, kommt einer Verhöhnung der Empfehlungen und einem böswilligen Handeln gleich. Die Missachtung, mit der die Regierung Swasilands Gewerkschaften begegnet, stellt für die BHI und Gewerkschaften bereits seit langer Zeit Grund zur Besorgnis dar. Dieser unverhältnismäßige Beschluss ist der neueste Versuch der Regierung von König Mswati III, Gewerkschaftsaktivitäten zu vereiteln und die Öffnung für Gewerkschaften im Land zu ersticken. Dies wird zur Folge haben, dass die Verletzungen von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten in Swasiland zunehmen. Die BHI hat schon immer die Auffassung vertreten, dass die Regierung Swasilands in erster Linie dafür zu sorgen hat, eine demokratische und verfassungsmäßige Regierungsform im Land herzustellen, damit sich das Land aus der politisch und wirtschaftlich angespannten Situation heraus entwickeln kann. Wir appellieren an die globale Gewerkschaftsbewegung, Druck auf die Regierung Swasilands auszuüben, damit die Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte respektiert werden und

die Gewerkschaften gemäß den internationalen Arbeitsnormen unabhängig agieren können. Wir rufen auch die afrikanischen regionalen Gremien, wie beispielsweise die Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC), die Afrikanische Union (AU) sowie die Regierungen auf dem afrikanischen Kontinent dazu auf, Druck auf die Regierung Königs Mswati III auszuüben, damit die internationalen Arbeitsnormen eingehalten werden, in denen Arbeitnehmerrechte und die Einhaltung der Menschenrechte verankert sind.

Quelle: www.bwint.org, 1.12.2014

Indien: Ein besseres Leben für die Steinbrucharbeiter

„Zum ersten Mal hat ein Internationales Rahmenabkommen (IRA) zwischen einem globalen Gewerkschaftsverband und einem multinationalen Unternehmen zu einer so großen internationalen Solidarität geführt“, erklärte der BHI-Generalsekretär Ambet Yuson. Eine Siedlung an einem Steinbruch im Distrikt Jodhpur in Rajasthan, dem im Westen Indiens an der Grenze zu Pakistan liegenden Bundesstaat, war über Jahrzehnte nicht mit Strom versorgt. Die unter dem Namen Ambedkar Basti bekannte Siedlung existierte nach amtlichen Aufzeichnungen überhaupt nicht. Durch die Partnerschaft von BHI und GDF konnten 100 Haushalte mit solaren Inselanlagen, 25 Straßenleuchten sowie mit Solarherden für drei Familien ausgestattet werden. Im Jahr 2010 unterzeichnete die BHI ein Internationales Rahmenabkommen (IRA) mit GDF Suez, dem weltweit zweitgrößten Gas-, Wasser- und Stromdienstleistungsunternehmen. Die BHI gehört dem GDF Suez-Lenkungsausschuss „Rassembleurs d'Energies“ an. Mittels dieser Initiative stellt die Unternehmensgruppe technische und finanzielle Unterstützung für Projekte bereit, die weltweit einen nachhaltigen Zugang zu Energien für bedürftige Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Die lokale Gewerkschaft RPKNMS hat sich mit einem mobilen Unterrichtsprogramm für die schulische Bildung der Kinder dieser Siedlung eingesetzt, die keine reguläre Schule besuchen können. Dieses Projekt wird seit dem Jahr 2012 von der niederländischen Non-Profit-Initiative Child Learn unterstützt, die eine Partnerin der BHI ist und Kinderarbeiterschulen in Indien betreut. Die Gewerkschaft hat auch für die Organisation von Krankenstationen in der Region gesorgt. Sämtliche in der Siedlung wohnende Arbeitnehmer sind nun Gewerkschaftsmitglieder. Der Gewerkschaft ist es zudem gelungen, so genannte „Aadhar“-Karten für die Arbeitnehmer zu erlangen. So verfügen diese nun über eine von der indischen Behörde UIDAI vergebene

zwölfstellige individuelle Identifikationsnummer. Diese ermöglicht den Arbeitnehmern den Zugang zu verschiedenen Regierungsprogrammen, die in erster Linie auf benachteiligte Gebiete ausgerichtet sind. Nachdem die Gewerkschaft die Registrierung der Arbeitnehmer dieser Siedlung erreicht hat, führt sie nun Kampagnen für eine offizielle Anerkennung der ganzen Siedlung ein, um bei der Regierung des Bundesstaates Rajasthan zu erreichen, dass die Siedlung mit grundlegenden Einrichtungen ausgestattet wird.

Quelle: www.bwint.org, 4.12.2014

Korea: McDonald's entlässt Gewerkschaftsmitglied

Gahyun Lee, die in einem McDonald's-Betrieb in Yeokgok, Provinz Gyeonggi, beschäftigt war, wurde am 15. September entlassen, im Anschluss an einen Besuch in Los Angeles Anfang des Monats zur Unterstützung der landesweiten Aktion der US-Fast-Food-Beschäftigten. Das Management hatte sie zuvor wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten verwarnt – unter Hinweis auf einen Anruf der Zentrale –, nachdem sie auf einer Kundgebung am 15. Mai in Seoul zur Unterstützung der Fast-Food-Beschäftigten weltweit Lohn- und Dienstplanmanipulationen und unsichere betriebliche Praktiken angeprangert hatte. Das Management weigerte sich, ihr die Gründe für ihre Kündigung zu nennen, und forderte



sie stattdessen auf, sich erneut um die Stelle zu bewerben. Ihre Bewerbung wurde abgelehnt. The Arbeit Workers' Union (die prekär Beschäftigte organisiert) verlangt ihre Wiedereinstellung und macht ihren Fall publik.

Quelle: www.iuf.org, 26.11.2014

USA Black Friday 3.0: Aktionstag Walmart

Der Freitag (Freitag vor Halloween, dem Haupteinkaufstag des Jahres in den USA, dieses Jahr am 28. November) fing diesmal schon am Mittwoch der Woche (19.11.) zuvor an – mit dem globalen Aktionstag der Walmart-Beleg-

schaften, der in zehn Ländern stattfand. Im Zentrum der Kritik und Protest stand der unermessliche Reichtum der Familie Walton, die mehr als 50 Prozent Anteil an Walmart besitzen und der auf einen Wert von 152 Milliarden Dollar geschätzt wird. Die Demonstranten forderten Walton auf, öffentlich zu erklären, den 2,2 Millionen Beschäftigten im Einzelhandel und Mitarbeitern unzähliger weiterer Lieferketten einen existenzsichernden Lohn zu zahlen. UNI Global hatte Belegschaften in Mexiko, Kanada, Brasilien, Argentinien, Chile, Südafrika, Großbritannien, Indien, Sambia, Hongkong und den USA zu Aktionen aufgerufen. Einen anständigen Lohn und vernünftige Arbeitsbedingungen sind die mehr als bescheidenen Forderungen, die mit dieser Aktion vertreten werden sollten.

Quelle: www.commondreams.org, 21.11.2014

Peru: Regierung greift Gewerkschaftsführer an

Es scheint, dass die Regierung von Peru dem Generalsekretär der PSI-Wassergewerkschaft Fentap, Luis Isarra, eine Maulkorb umhängen will. Eine dauerhafte Urlaubsregelung, vereinbart zwischen seiner Gewerkschaft und dem Arbeitgeber, wurde einseitig von der Regierung abgeschafft. Wir können nur vermuten, dass diese drastische Maßnahme politisch motiviert ist. Fentap ist zunehmend aktiv gegen die Privatisierungspolitik in der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung der aktuellen und früheren Regierungen. Die Gewerkschaft baut die Unterstützung für eine große nationale Mobilisierung für das Recht auf Wasser auf. Dieser Mobilisierung gehören viele Gruppen an, nicht nur Gewerkschaften. Sie konzentrieren sich auch auf den lukrativen Bergbau, der die Wasserquellen für Landwirte und Stadtbewohner schädigt. Wir sind der Ansicht, dass dieser Druck gegen den Gewerkschafter aufgebaut wurde, um ein Ende der Antiprivatisierungsproteste und Antiminienmobilisierungen zu erreichen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass Luis auch für seine jüngsten Aktivitäten im Bereich Medien und Kommunikation in der Allgemeinen Konföderation der Arbeiter (CGTP) aus Peru ins Visier genommen wurde. Wir können zum Zeitpunkt dieser Einschüchterung nur vermuten, dass Luis Isarra auch verantwortlich gemacht wird, für die Koordination der peruanischen Arbeiterbewegung zur Mobilisierung für den Klimagipfel COP20, der am 10. Dezember in Lima stattfinden wird. Dies ist ein direkter Angriff auf die Gewerkschaftsrechte und die Demokratie in Peru.

Quelle: www.world-psi.org, 2.12.2014

Bundeshaushalt 2015 – Zielmarke 0,7 klar verfehlt

BERLIN. Der Bundeshaushalt 2015, der heute verabschiedet wird, sieht nur eine minimale Aufstockung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit vor. Deutschland verfehlt damit klar das Ziel, 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. „Die 0,7 Marke wird wieder gerissen. Das ist angesichts der von der Regierung gegebenen Versprechen und vor allem angesichts der weltweiten Katastrophen ein Skandal“, sagte Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO. „Zur Umsetzung der ambitionierten Ziele der Zukunftscharta müssen mehr Mittel bereitgestellt werden“, so Bornhorst weiter. Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller hatte erst am Montag die von ihm initiierte Zukunftscharta an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel übergeben. Die Charta gibt Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige und gerechte Welt und bekennt sich eindeutig zum 0,7 Prozent-Ziel. „Die Bundeskanzlerin hat sich die Zukunftscharta zu eigen macht. Jetzt muss sie auch für die notwendigen Mittel sorgen, um diese zu verwirklichen.“ Andernfalls seien die Zukunftscharta und die darin gemachten Bekenntnisse unglaubwürdig, so Bornhorst. Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit steigen 2015 um 64 Millionen Euro, das ist ein Prozent des BMZ-Gesamtetats. Mit einem Anteil von zuletzt 0,38 Prozent des Bruttonationaleinkommens bleibt der deutsche Beitrag damit deutlich unter der für das Jahr 2015 versprochenen Zielsetzung. Erfreulich ist, dass zumindest die Haushaltsmittel für die Not- und Übergangshilfe um 60 Millionen Euro erhöht und für humanitäre Hilfe auf 400 Millionen Euro festgesetzt wurden. <http://venro.org/presse/>

Die miesen Tricks hinter der Eon-Spaltung

HAMBURG. Manche loben Eon dafür, dass sich der Konzern anscheinend vom Atom- und Kohlegeschäft verabschiedet und in Zukunft auf erneuerbare Energien setzen will. Doch was wirklich hinter der Aufspaltung in zwei Unternehmen steht, wird dabei übersehen: Die Ausgliederung der Atomstrom- und Kohlestromproduktion unter neuem Namen führt ja nicht dazu, dass Eon-KundInnen in Zukunft weniger schmutzige Energie ins Haus geliefert bekommen. Denn die wird der dann angeblich grüne Konzern weiter bei dem neuen Schwesterunternehmen einkaufen. Es ist nur nicht mehr so offensichtlich – und damit weniger schlecht fürs Image. – Auf

den AKW und Kohlekraftwerken wird zukünftig nicht mehr das Eon-Logo prangen, auch wenn Eon weiter größter Abnehmer des dort produzierten Stroms bleiben wird. So lassen sich auch ein Teil der KundInnen halten, die keine Geschäfte mit Unternehmen machen wollen, die für Atommüll und Klimakatastrophe direkt verantwortlich sind. So etwas nennt man landläufig Etikettenschwindel oder Greenwashing.

Öko-Image trotz Dreckstrom – So wird es zukünftig nicht mehr so einfach werden, Eon-KundInnen vom Stromwechsel zu überzeugen, da doch ihr Lieferant nun angeblich voll und ganz auf erneuerbare Energien setzt. Wenn der Konzern Statistiken veröffentlicht, die nur den selbst produzierten grünen Strom, aber nicht den eingekauften Dreckstrom in den Vordergrund stellen, wird bei den VerbraucherInnen ein völlig falscher Eindruck entstehen. Und die Negativschlagzeilen wegen AKW-Störfällen, Schadenersatzklagen gegen den Atomausstieg und Atommüllskandalen bleiben dann auf die neue No-Name-Gesellschaft begrenzt, die aber den gleichen AktionärInnen gehören wird, wie bisher auch. Die ausgegliederte Dreckstrom-Abteilung kann dann richtig schön skrupellos vorgehen, weil sie keine Rücksicht mehr auf ihre Reputation nehmen muss – schließlich beliefert sie keine EndkundInnen. Eon-Chef Johannes Teyssen wirbt bereits Investoren für das neue Unternehmen mit der Aussicht auf die Schadenersatz-Milliarden, die derzeit wegen der Stilllegung von einigen alten AKW im Jahr 2011 per Schadenersatz-Klage vom Staat eingefordert werden.

Eon zahlt nicht mehr für Atom-Altlasten – Die Aufspaltung des Düsseldorfer Energieriesen hat noch einen zweiten gefährlichen Hintergrund: Eon wird in Zukunft nicht mehr für die Kosten zur Verantwortung gezogen werden können, die beim Abriss von Atomkraftwerken und der Lagerung des Atomabfalls anfallen. Die dafür gebildeten – aber bei weitem nicht ausreichenden – Rückstellungen gehen zusammen mit den AKW an das neue Unternehmen über.

Da diese Rückstellungen aber nicht irgendwo im Banktresor oder auf einem Festgeldkonto liegen, sondern beispielsweise in Kohlekraftwerken investiert sind, die angesichts der Energiewende immer weniger profitabel werden, drohen selbst diese viel zu geringen Summen verloren zu gehen. Früher oder später wird das neue Unternehmen zahlungsunfähig und der Staat muss einspringen, während der von den Altlasten befreite Eon-Konzern munter weiter Gewinne einfahren kann, indem er den Atom- und Kohlestrom an seine ahnungslosen KundInnen

nen vertickt.

So wird diese Eon-Ausgründung unter neuem Namen quasi zu einer „Bad Company“ – analog zu einer „Bad Bank“ in der Finanzkrise: Alles, was auf Dauer nicht mehr profitabel ist, wird der finanziellen Verantwortung des Staates übergeben. Dass Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel in dieser Situation die Eon-Spaltung begrüßt und behauptet, die Rückstellungen seien sowohl sicher als auch ausreichend, ist skandalös. Stattdessen muss die Bundesregierung den Eon-Plänen Einhalt gebieten und dafür sorgen, dass diejenigen, die jahrzehntelang Milliarden an Atom- und Kohlekraft verdient haben, auch für die Folgen geradestehen. <https://www.ausgestrahlt.de/>

„Wir haben es satt!“-Demo 2015

Die nächste „Wir haben es satt!“-Demo findet am 17. Januar 2015 in Berlin statt. Das Motto: Stoppt TTIP, Massentierhaltung und Gentechnik!

Weltmarkt statt Wochenmarkt? Die Agrarindustrie ist unverändert auf dem Vormarsch: Konzerne wie Monsanto, BASF und Syngenta untergraben die Saatgutvielfalt und bringen ständig weitere Gentech-Sorten auf den Markt. Überall entstehen neue Tierfabriken, in denen Millionen von Tieren in qualvoller Enge leben und regelmäßig mit Antibiotika behandelt werden. Fleisch wird vielfach exportiert, doch die Gülle bleibt in Deutschland und verunreinigt unser Grundwasser. Bäuerliche Betriebe leiden unter den Dumpingpreisen der Discounter und unter den immer höheren Bodenpreisen.

Statt dafür zu sorgen, dass wir gutes Essen aus der Region zu fairen Preisen für Bäuerinnen und Bauern erhalten, trimmt die Bundesregierung die Agrarindustrie auf Massenproduktion für den Weltmarkt. Immer mehr Fleischreste überfluten so die Märkte des globalen Südens und rauben Kleinbauern die Existenzgrundlage. Auch weil an den Börsen mit Nahrungsmitteln spekuliert wird, bleibt der Hunger dort eine bittere Realität.

Freihandelsabkommen stoppen – Mit dem Handelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA versprechen uns Politiker und Wirtschaftsvertreter in der EU und den USA mehr Wachstum und Arbeitsplätze. Sie wollen mehr Marktfreiheit und mehr Rechte für Konzerne. Dafür sollen Verbraucherschutz- und Umweltstandards schrumpfen. Mithilfe privater Schiedsgerichte, einer Angleichung der Standards auf kleinstem gemeinsamen Nenner und mehr Mitsprache der Industrie bei Gesetzen könnten uns Hormon- und Klonfleisch und mehr Gentechnik serviert werden – durch die Hintertür, ohne Kennzeichnung.

Derzeit werden die Gespräche geheim und unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit und selbst der Parlamente geführt. Diese Geheimhaltung birgt die Gefahr, dass es zu einer Machtverschiebung kommt – weg von der Politik und der Öffentlichkeit hin zu den Interessen der Agrarindustrie, der Wirtschaft und der Banken.

2015 entscheidet sich's – Die Bundesregierung mit Frau Merkel an der Spitze entscheidet, ob sie unser Grundwasser vor starker Nitratbelastung durch die Agrarindustrie schützen oder ob sie die Verunreinigung des Grundwassers, die Hauptquelle unseres Trinkwassers, weiter zulässt. www.bund.net

Erklärung der DFG-VK Nordrhein-Westfalen zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2014

Die schlimmste Verletzung der Menschenrechte stellt nach wie vor jede Art von Kriegsvorbereitung und Kriegsführung dar. Wer behauptet, Menschenrechte ließen sich durch militärische Drohpolitik und den Einsatz von Waffen hinreichend und nachhaltig schützen, ignoriert auf sträfliche, menschenverachtende Weise, dass das Recht auf Leben eines der zentralen Menschenrechte ist. Es ist nicht Sinn der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, das Zusammenleben der Menschen und Völker durch die Förderung von verletzenden und tötenden Gewaltmaßnahmen zu belasten... Zum wirklichen Schutz der Menschenrechte fordert die DFG-VK Nordrhein-Westfalen:

- ein umfassendes Programm rein ziviler Konfliktlösungsmöglichkeiten. Es gibt bereits zahlreiche Konzepte, die zur Anwendung nur finanziert werden müssen. Als Verantwortlicher für bisher zwei Weltkriege steht Deutschland in der Verpflichtung, diese zivilen Konfliktlösungsinstrumente zur Anwendung zu bringen und weiterzuentwickeln.
- ein Programm zur Umgestaltung der Rüstungsindustrie. Politik, Industrie und Gewerkschaften sind aufgerufen, gemeinsam Zivilgüter-Alternativen zu entwickeln und umzusetzen. Auch hierzu existieren bereits Beispiele und Vorschläge. Deutschland ist schon viel zu lange ein „Meister des Todes“.
- Maßnahmen zum Schließen der Grenzen für Waffen und zum Öffnen für Flüchtlinge. Dem Menschenrecht auf Asyl muss in Deutschland und Europa Geltung verschafft werden, indem Flüchtlingen geholfen wird, dass sie Asyl beantragen können, anstatt sie an den Europäischen Grenzen umkommen zu lassen ...
- sich auf vielfältige praktische Weise mit bedrängten und verfolgten Kriegsdienstverweigerern weltweit zu solidarisieren und sie zu unterstützen sowie

- darauf zu drängen, dass Kriegsdienstverweigerern aus anderen Ländern in Deutschland bedingungslos Asyl gewährt wird ...

- Friedensbildung und gewaltfreie Streitschlichtung mit Schülern als Schlichtern müssen fester Unterrichtsbestandteil an allen Schulen in NRW werden.

- Verzicht der Bundeswehr auf alle Rekrutierungsmaßnahmen bei unter 18jährigen.

- Weltweite Ächtung des Einsatzes von Kindersoldaten unter 18 Jahren, völlig unabhängig davon, ob sie zwangsweise oder „freiwillig“ rekrutiert werden und welche Rolle sie in Armeen und bewaffneten Gruppen ausfüllen.

<https://www.dfg-vk.de/willkommen/>

Alterssicherung: Paritätischer prognostiziert drastischen Anstieg der Altersarmut

BERLIN. Vor einer auf uns zurollenden „Lawine der Altersarmut“ warnt der Paritätische Gesamtverband und prognostiziert, dass sich die derzeit noch moderate Altersarmutsquote bis 2021 drastisch erhöhen werde, sofern konsequente Reformen ausbleiben. Der Verband fordert eine durchgreifende Reform der Altersgrundsicherung und insbesondere eine bedarfsgerechte Erhöhung der Regelsätze. In einer aktuellen Modellrechnung der Paritätischen Forschungsstelle, die im neuen Vierteljahreshaft zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin heute veröffentlicht wurde, rechnet der Paritätische anhand eines eigenen Prognosemodells vor, dass die Quote der altersarmen Menschen in Deutschland bereits 2021 auf mindestens 7 Prozent ansteigen und in Ostdeutschland sogar dann bereits die 10-Prozent-Marke überschritten haben wird. „In weniger als zehn Jahren droht ein Heer von ehemals Langzeit- und Mehrfacharbeitslosen sukzessive und unaufhaltsam in die Altersarmut zu fallen“, warnt Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider. „Selbst bei vorsichtiger Schätzung wird sich die Zahl der Grundsicherungsbezieher im Laufe der 2020er auf eine Million erhöhen und werden die Quoten dann zweistellig werden.“

<http://www.der-paritaetische.de>

Öffentlicher Aufruf für ein atomwaffenfreies Deutschland

Prominente unterstützen Appell an die Bundesregierung zur atomaren Abrüstung

BERLIN. Anlässlich der morgigen Bundestagsdebatte zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Neue Dynamik für nukleare Abrüstung“ starten deutsche Friedensorganisationen eine neue Initiative für die atomare Abrüstung. Die Kampagne „atom-

waffenfrei.jetzt“, die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen und die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) fordern in einem Appell an die Bundesregierung, sich auch weiterhin für ein atomwaffenfreies Deutschland einzusetzen. Aufgrund der Ukraine-Krise haben Atomwaffen in den vergangenen Monaten wieder eine gefährliche Bedeutung erlangt ... In dem „öffentlichen Aufruf für ein atomwaffenfreies Deutschland“ heißt es: „Die besondere Verantwortung Deutschlands für die Entstehung und den Verlauf beider Weltkriege ist bis heute gleichermaßen Mahnung und Appell an uns alle, nichtmilitärische und gewaltfreie Konfliktlösungsmöglichkeiten zu entwickeln und zu fördern.“ Deutschland hat auch eine besondere Verantwortung für nukleare Abrüstung, weil die Entwicklung von Atomwaffen in Deutschland begann. Daher sollten die Atombomben, die noch in Büchel in der Eifel lagern, abgezogen werden. Im Aufruf heißt es: „Kommt es zu einem Einsatzbefehl würden diese Atomwaffen an Deutschland als Bündnispartner weiter gegeben und von Piloten der Bundesluftwaffe mit Bundeswehr-Kampffjets in ihr Ziel geflogen werden. Dies würde gegen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV) und gegen das Völkerrecht verstoßen.“

Obwohl die Bundesregierung immer wieder bekundet hat, sich für einen Abzug dieser Atomwaffen einzusetzen, sollen sie stattdessen nun modernisiert werden. Deshalb wird an die Bundesregierung appelliert, die geplante Modernisierung der in Büchel stationierten Atomwaffen zu verhindern und die nukleare Teilhabe zu beenden, damit Deutschland atomwaffenfrei wird. Damit würde die Bundesregierung ein bedeutsames Zeichen für die weltweite Abrüstung von Atomwaffen setzen. Darüber hinaus würde deutlich gemacht, dass „Deutschland aus den Fehlern zweier Weltkriege gelernt hat und dazu bereit ist, in besonderer Weise Verantwortung für eine weltweite atomare Abrüstung zu übernehmen.“

<http://www.ippnw.de>





MANNHEIM. Ca. 300 Menschen demonstrierten am 25. November 2014 zum internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen. Es war die erste Demonstration durch die Mannheimer Innenstadt zu diesem Anlass. Organisiert wurde sie vom Mannheimer Frauenhaus – unterstützt u.a. von Gewerkschaften, Migrant*innenverbänden und dem Offenen Netzwerk Mannheimer Frauen. Der Protestmarsch durch die belebte Innenstadt fand viel Aufmerksamkeit bei den Passant*innen.

„Wir fordern die Nacht zurück“ war das diesjährige Motto – aber auch „Wir fordern ein gutes Leben am Tag“ – schon während der Demonstration und bei der Abschlusskundgebung wurde das breite Spektrum sexueller und psychischer Gewalttätigkeiten gegen Frauen von zahlreichen Redner*innen angeprangert. Ein Ende der Gräueltaten im kurdischen Kobane und weiterer Kriegsgebieten, in denen die Frauen dort besonders zu leiden haben, war eine zentrale Forderung. Die Vertreterin des offenen Netzwerkes Mannheimer Frauen betonte in ihrem Beitrag den engen Zusammenhang zwischen sexueller Belästigung und Gewalt und den erforderlichen Räumen und Plätzen, wo sich Frauen sicher und selbstbestimmt bewegen können. Dazu gehört auch die ausreichende Anzahl von guten, bezahlbaren Wohnungen in allen Mannheimer Stadtteilen.

iro

Gemeinderat einstimmig für Resolution gegen TTIP-Verhandlungen unter den gegenwärtigen Bedingungen

Der Mannheimer Gemeinderat folgte nach längerer Diskussion einstimmig der Verwaltungsvorlage zu den TTIP-Verhandlungen. Darin wird in Übereinstimmung mit dem Deutschen und baden-württembergischen Städtetag die Intransparenz der Verhandlungen unter Ausschluss der europäischen Gemeinden kritisiert. Auf keinen Fall dürfe es zur Installation von „Schiedsgerichten“ kommen, welche Entscheidungen der kommunalen

Selbstverwaltungen angreifen und Regressansprüche für entgehende Profite verhängen können. Die in Europa bzw. der BRD gültigen Sozial- und Ökostandards dürften nicht zur Disposition gestellt, die Vergaberichtlinien nicht weiter liberalisiert werden. In-house-Vergabe von Leistungen der Daseinsvorsorge an kommunale Betriebe müsse weiterhin möglich sein.

In der Diskussion über die Verwaltungsvorlage, die nach Anträgen der



Linken und der Grünen erstellt worden war, schlossen sich auch CDU und FDP bei aller geäußerten Skepsis dem Schutz der kommunalen Selbstverwaltung an. Sie bewerteten allerdings die wirtschaftlichen Vorteile aus TTIP für die Exportnation Deutschland wesentlich optimistischer. Eberhard Will, Fraktionsvorsitzender der AfD, nutzte auch diese Diskussion zu Ausfällen: Er sei auch gegen dieses geplante internationale Vertragswerk. Davon gebe es ohnehin zu viele und seiner Meinung nach unsinnige Verträge. „Vor 20 Jahren war mal in Peking so eine Frauenkonferenz, und nun haben wir den ganzen Gender-Quatsch.“ Es war sein persönlicher Beitrag zum Aktionstag gegen Gewalt an Frauen, auf den Oberbürgermeister zu Beginn der Sitzung hingewiesen hatte.

Die Gemeinderat*innen wurden von der Sitzung von Vertreter*innen des Bündnisses gegen TTIP, CETA und TISA mit Transparenten empfangen und an ein Schreiben des Bündnisses erinnert.

Thomas Trüper

Der Immunitätsausschuss des Bundestages hat die Immunität der Linken-Abgeordneten aus München, Nicole Gohlke, aufgehoben (wir berichteten in PB MNr. 11). Hier ein Solidaritätsschreiben der Stadtratsgruppe.

Solidarität mit Nicole Gohlke – Aktionen zur Aufhebung des PKK-Verbots

Liebe Nicole, erst einmal sei Dir ein herzliches Dankeschön gesagt für Dein mutiges und engagiertes Auftreten bei der Kundgebung zur Solidarität mit dem kämpfenden Kobanê im Oktober hier auf dem Münchner Rindermarkt.

Schon die – wenn auch nur kurze – Ingewahrsamnahme durch die Münchner Polizei/Abteilung Staatsschutz nach Deiner Rede erschien uns völlig unverhältnismäßig und wohl nur dem einen Ziel geschuldet: die Einstufung der Kurdischen Arbeiterpartei PKK als terroristische Organisation wird – und sei diese Einstufung noch so obsolet – exekutiert, wenn es auch nur den geringsten formalen Anlass dazu gibt. Anlass scheint in diesem Fall wohl das Herzeigen der PKK-Fahne zu sein, auch wenn dies ausschließlich der Unterminierung der Forderung nach Aufhebung des seit über 20 Jahren bestehenden PKK-Verbots diene.

Das formal-juristische Konstrukt zur Begründung des Verbots ist im Lichte des seit Jahren von der Kurdischen Arbeiterpartei und ihrem inhaft-

tierten Vorsitzenden Abdullah Öcalan vorangetriebenen Friedensprozesses nur als großer politischer Fehler und Farce zu bezeichnen. Es gründet wohl auf den §§ 3, 14.2 und 18 des Vereinsgesetzes, die ein Verbot eines Vereines u.a. dann für möglich erkennen „soweit ihre Tätigkeit (...)

(1) ... erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet,

(2) ... Bestrebungen außerhalb des Bundesgebietes fördert, deren Ziele oder Mittel mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar sind.“

Was sollen denn im Falle der PKK die „erheblichen Interessen“ sein, die durch das Wirken der PKK beeinträchtigt werden? Ihr Eintreten für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Kulturen und Bekenntnisse – wie dies am Leben in den autonom-demokratischen Gebieten Rojava im Norden Syrien gezeigt wurde? Ihr Eintreten für demokratische Grundrechte in den kurdischen Regionen der Türkei? Die Unterstützung des von Abdullah Öcalan vorangetriebenen Verständigungs- und Friedensprozesses mit der türkischen Regierung?

In der Logik des Vereinsgesetzes müssten wohl eher diejenigen Vereine verboten werden, die die mannigfachen Übergriffe von Staatsorganen der Türkei gegen demokratische Bewegungen in der Türkei unterstützen. Denn sowohl das rücksichtslose Vorgehen der Armee in kurdischen Dörfern mit vielen Toten, als auch die zahlreichen brutalen Polizeieinsätze in den letzten Monaten in Istanbul und anderen Großstädten der Türkei sind doch sicherlich „mit den Grundwerten einer die Würde des Menschen achtenden staatlichen Ordnung unvereinbar“.

Statt die kurdische Befreiungsbewegung zu kriminalisieren und sie teilweise sogar gleichzusetzen mit den grausamen Aktionen der Terrormiliz „IS“ – wie geschehen in einem Bericht des Bundesinnenministeriums über das PKK-Verbot vom Oktober d.J. – sollte es sich die Bundesregierung zur Aufgabe machen, alle demokratischen und die Friedensprozesse unterstützenden Kräfte zu fördern und dies auch als ihr „erhebliches Interesse“ anzusehen. Einen entsprechenden außenpolitischen Druck auf den Nato-Partner Türkei schliesse dies ein.

Liebe Nicole, wir sind froh darüber, eine Vertreterin unserer Partei im Bundestag zu haben, die ihre volle Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden auch dann zeigt, wenn sie dafür Nachteile für die eigene Person in Kauf nehmen muss.

18. November 2014. Mit solidarischen Grüßen aus dem Münchner Rathaus
Bititte Wolf; Cetin Oraner

www.mehr-demokratie.de/bb-bericht2014.html:

Bürgerbegehrensbericht 2014

Am 23. Oktober 2014 ist unser dritter Bürgerbegehrensbericht erschienen. Dieser kommt zu dem Ergebnis, dass die direkte Demokratie aus der Kommunalpolitik nicht mehr wegzudenken ist. Seit der Einführung im ersten Bundesland (1956 in Baden-Württemberg) gab es 6.447 Verfahren (5.354 von unten initiierte Bürgerbegehren, 1.054 von oben angesetzte Ratsreferenden, 39 Verfahren nicht klar zuzuordnen); 3.177 mal kam es zum Bürgerentscheid. Der Bericht entstand in Zusammenarbeit mit der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung der Bergischen Universität Wuppertal und der Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie der Universität Marburg.

In rund einem Drittel der Fälle hat der Gemeinderat selbst ein Thema zur Abstimmung vorgelegt. „Mittlerweile haben auch Skeptiker erkannt, dass Bürgerbegehren und -entscheide die Kommunalpolitik beleben und nicht behindern“, so Ralf-Uwe Beck, Vorstandssprecher von Mehr Demokratie. Die direkte Demokratie Sorge dafür, dass die Menschen sich als Gestalter, nicht als Gegenstände der Politik erleben. „Dieser Wille zu einer unmittelbaren Selbstbeteiligung in ausgewählten Sachgebieten ist als soziale Dynamik ein fester Bestandteil der neueren deutschen Politik geworden“, so Prof. Hans J. Lietzmann, Leiter der Wuppertaler Forschungsstelle Bürgerbeteiligung. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den einzelnen Bundesländern variieren allerdings stark: 40 Prozent aller Verfahren (2.049) fanden in Bayern statt, gefolgt von Baden-Württemberg (761 Verfahren) und NRW (678 Verfahren).

Berücksichtigt man die Gemeindezahl, kommt es besonders häufig in den Gemeinden der Stadtstaaten Hamburg (jedes Jahr) und Berlin (alle drei Jahre) zu einem Verfahren. Bei den Flächenländern liegen die Gemeinden in NRW (alle 13 Jahre) und Bayern (alle 16 Jahre) vorn. „Je bürgerfreundlicher die Regelungen, desto lebendiger die direktdemokratische Praxis. Doch in manchen Ländern ist die Wahrscheinlichkeit, dass Bürgerinnen und Bürger in ihren Gemeinden überhaupt jemals ein direktdemokratisches Verfahren erleben, gering“, fasst Lietzmann zusammen. „Themeneinschränkungen, hohe Unterschriften- und Abstimmungshürden verhindern den wirksamen Gebrauch der Mitbestimmungsinstrumente.“ Wenig überraschend bilden daher Länder, in denen besonders

viele Themen von Bürgerbegehren ausgeschlossen sind, die Schlusslichter: In Rheinland-Pfalz erlebt eine Gemeinde nur alle 278 Jahre ein Bürgerbegehren, in Mecklenburg-Vorpommern kommt es durchschnittlich alle 161 Jahre zu einem Verfahren. Die Erfolgsaussichten bleiben durchwachsen. In rund 26 Prozent der Fälle fiel der Bürgerentscheid zu Gunsten der Vorlage des Bürgerbegehrens oder des Ratsreferendums aus. In rund 12 Prozent der Fälle kam es zum Kompromiss. „Noch immer werden 23 Prozent aller von unten angestoßenen Bürgerbegehren für unzulässig erklärt. Beim Bürgerentscheid wird das Zustimmungsquorum zum Fallstrick: 15 Prozent aller Vorlagen scheitern, obwohl sich eine Mehrheit der Abstimmenden für sie ausgesprochen hat“, sagt Lietzmann.

Doch in den vergangenen Jahren haben etliche Länder die Spielregeln fairer gestaltet – zum Teil auf Druck der Bürger, zum Teil auf Initiative der Politik. Derzeit werden in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen Reformen diskutiert. Seit etwa zehn Jahren lässt sich feststellen, dass Bürgerbegehren in einigen Ländern zum festen Bestandteil der Kommunalpolitik werden: Mehr als die Hälfte aller Verfahren fand zwischen 2003 und 2013 statt. Vor allem in den Stadtstaaten und größeren Städten einiger Flächenländer gehören Bürgerbegehren und -entscheide mittlerweile zum politischen Alltag – Tendenz steigend.

„Je selbstverständlicher die direkte Demokratie in Kommunen und auf Landesebene genutzt wird, umso unverständlicher ist, warum die Bürgerinnen und Bürger über bundespolitische Themen in Deutschland nicht abstimmen dürfen“, so Beck.

Nun folgend die wichtigsten Zahlen und Fakten:

Unsere Fragestellung:

- Wie entwickelt sich die direkte Demokratie auf der kommunalen Ebene?
- Wie häufig und zu welchen Themen kam es in den einzelnen Bundesländern zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden?
- Zu welchen Ergebnissen führten Bürgerbegehren und Bürgerentscheide?

• Wie wirken sich die gesetzlichen Regelungen in den einzelnen Ländern auf die Praxis aus?

• Wie ist es zu erklären, dass relativ viele Bürgerbegehren scheitern?

• Welche Rolle spielen die von oben (durch Gemeinderäte) initiierten Ratsreferenden?

Fortsetzung S. 14

Ergebnisse im Überblick

- Deutschlandweit 6.447 Verfahren auf Kommunalebene von 1956 (Einführung im ersten Bundesland) bis Ende 2013.

- Davon 5.354 von unten (durch Bürgerinnen und Bürger per Unterschriftensammlung) angestoßene Bürgerbegehren und 1.054 von oben (durch den Gemeinderat) initiierte Ratsreferenden. 39 Verfahren konnten nicht klar zugeordnet werden.

- In 3.177 Fällen kam es zum Bürgerentscheid.

- Bayern bleibt Spitzenreiter: 40 Prozent aller 6.447 Verfahren (2.495) fanden in Bayern statt.

- Die meisten Verfahren (über die Hälfte) fanden zwischen 2003 und 2013 statt. Allein 2013 wurden 365 Verfahren eingeleitet.

- 28 Prozent aller von unten initiierten Bürgerbegehren (1.497 von 5.354) wurden für unzulässig erklärt, in fünf Ländern (Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland) lag der Anteil von unzulässigen Bürgerbegehren bei mehr als 40 Prozent. Den niedrigsten Anteil unzulässiger Bürgerbegehren hat Bayern mit 16 Prozent.

- 37,7 Prozent aller abgeschlossenen und ermittelbaren Verfahren waren erfolgreich im Sinne der Initiatoren (bei Ratsreferenden im Sinne des Gemeinderats, bei Bürgerbegehren im Sinne der Initiative). Dafür musste nicht zwingend ein Bürgerentscheid stattfinden. In 715 Fällen etwa wurde ein entsprechender Beschluss des Gemeinderats ohne Bürgerentscheid erreicht.

- Betrachtet man nur die Abstimmungen, waren von den durch Bürgerbegehren ausgelösten Bürgerentscheiden 49 Prozent erfolgreich im Sinne der Initiatoren. Von oben angestoßene Ratsreferenden hatten eine Erfolgsquote von 59 Prozent.

- 12,4 Prozent aller Bürgerentscheide scheiterten unecht: Obwohl die Vorlage die Mehrheit der Stimmen erhielt, war der Entscheid ungültig, da das Abstimmungsquorum nicht erreicht wurde.

- Berücksichtigt man Gemeindezahl und Praxisjahre, gibt es am häufigsten direktdemokratische Verfahren in den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen sowie in den Flächenländern NRW und Bayern.

- An Bürgerentscheiden, die durch Bürgerbegehren ausgelöst wurden, beteiligten sich durchschnittlich 47,3 Prozent der Abstimmungsberechtigten. An vom Gemeinderat initiierten Abstimmungen (Referenden) nahmen durchschnittlich 57,3 Prozent teil.

Spitzenreiter

- 2.495 Verfahren in Bayern, davon 2.075 von Bürgerinnen und Bürgern initiiert; 1.517 Bürgerentscheide.

- 761 Verfahren in Baden-Württemberg, davon 552 von Bürgerinnen und Bürgern initiiert; 332 Bürgerentscheide.

- 678 Verfahren in NRW, davon 667 von Bürgerinnen und Bürgern initiiert; 194 Bürgerentscheide.

- Gemeinden mit den meisten Bürgerbegehren: München (29 Bürgerbegehren, 10 Bürgerentscheide), Augsburg (26 Bürgerbegehren, 5 Bürgerentscheide), Regensburg (20 Bürgerbegehren, 11 Bürgerentscheide).

- Betrachtet man die Anzahl pro Jahr, liegt Bayern mit durchschnittlich 131 Verfahren pro Jahr klar vorne, gefolgt von NRW mit 34 Verfahren pro Jahr. Grund für die Spitzenstellung Bayerns ist die besonders anwendungsfreundliche Regelung.

- Berücksichtigt man die Gemeindezahl, findet in NRW in einer Gemeinde durchschnittlich alle 13 Jahre ein Bürgerbegehren oder Ratsreferendum statt; in Bayern kommt es pro Gemeinde durchschnittlich alle 16 Jahre zu einem Verfahren. Am häufigsten kommt es in den Bezirken Hamburgs (jedes Jahr) und Berlins (alle drei Jahre) zu einem Verfahren.

Schlusslichter

- Berücksichtigt man die Gemeindezahl, liegt Rheinland-Pfalz ganz hinten: Eine Gemeinde erlebt dort nur alle 278 Jahre ein Bürgerbegehren oder ein Ratsreferendum.

- In Mecklenburg-Vorpommern kommt es durchschnittlich alle 161 Jahre, in Thüringen alle 135 Jahre zu einem Verfahren.

- Reformen, insbesondere was Thementauschlüsse und hohe Quoren angeht, bleiben in vielen Bundesländern dringend notwendig.

Themenschwerpunkte

- Themenschwerpunkte: Wirtschaftsprjekte (18 Prozent), öffentliche Sozial- und Bildungseinrichtungen (17 Prozent); Verkehrsprojekte (16 Prozent); öffentliche Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen (15 Prozent).

- Die Themenzusammensetzung unterscheidet sich je nach Bundesland stark und ist u.a. von den Zulässigkeitsregelungen im jeweiligen Land abhängig.

- Erfolge und Misserfolge

- Vier von zehn eingeleiteten Verfahren waren erfolgreich im Sinne der Initiatoren.

- In knapp 26 Prozent aller Fälle fiel der Bürgerentscheid zu Gunsten der Vorlage des Bürgerbegehrens bzw. des Ratsreferendums aus.

- In 12 Prozent der Fälle wurde ein Kompromiss erzielt oder das Begehren durch einen Gemeinderatsbeschluss erledigt.

- 23 Prozent der von unten initiierten

Bürgerbegehren wurden für unzulässig erklärt. Die häufigsten Gründe für die Unzulässigkeit waren zu wenig Unterschriften, zu kurze Fristen, Thementauschlüsse, fehlende oder mangelhafte Kostendeckungsvorschläge sowie Formfehler.

- Betrachtet man die 3.177 Verfahren, die zum Bürgerentscheid kamen, scheiterten 12,4 Prozent (395) an der Abstimmungshürde, d.h. sie erhielten zwar die Mehrheit der Stimmen, konnten das geforderte Quorum aber nicht überspringen.

- Von oben initiierte Ratsreferenden scheiterten seltener „unecht“ am Zustimmungsquorum (in 6,3 Prozent der Fälle) als Bürgerentscheide aufgrund von Bürgerbegehren (in 15,1 Prozent der Fälle). Zum einen ist es bei bürgerinitiierten Verfahren wahrscheinlicher, dass Verwaltung oder Ratsmehrheit sie behindern (z.B. durch ungünstig gelegte Abstimmungstermine). Zum anderen zeigt sich in Ländern mit intensiver direktdemokratischer Praxis (Schweiz und USA), dass Vorlagen des Parlamentes oder der Ratsmehrheit erfolgreicher sind als Vorlagen der Bürger/innen.

Spezialthema: Ratsreferenden

- Bis auf das Saarland und Thüringen kennen alle Bundesländer Ratsreferenden. Die möglichen Themen und Bedingungen für die Einleitung variieren je nach Bundesland.

- Der Gemeinderat kann Gegenvorschläge zu Bürgerentscheiden einreichen. Es kommt dann zu einem Stichentscheid zwischen beiden Vorlagen.

- Ratsreferenden machen 32 Prozent der kommunalen Abstimmungen aus (1.015 von 3.177).

- Besonders häufig kam es in Bayern (380) und Baden-Württemberg (190) zu Ratsreferenden.

- Gründe für das Ansetzen von Ratsreferenden: Reaktion auf Bürgerbegehren, Reaktion auf öffentliche Debatten, Wunsch nach politischer Signalwirkung, Notwendigkeit der Streitschlichtung.

- Häufig griffen Gemeinderäte beim Thema Gebietsreform auf das Votum der Bürger/innen zurück; rund die Hälfte aller 1.015 Ratsreferenden fand zum Thema Gebietsreform statt.

- Setzt der Gemeinderat selbst einen Bürgerentscheid an (kein Gegenvorschlag), folgen die Abstimmenden in über 70 Prozent der Fälle der Gemeinderatsposition.

- Gegenvorschläge zu Bürgerbegehren bieten in 58 Prozent der untersuchten Fälle keine echten Alternativen, sondern kehren die Vorlage der Bürger/innen einfach nur um. Stattdessen sollten Gemeinderäte die Gegenvorlage nutzen, um ihre eigenen Position zu stärken und die Entscheidungsoptionen zu vermehren.

www.mehr-demokratie.de

Nach Anfrage der Linken: Jobcenter Köln korrigiert falsche Praxis. Das Jobcenter Köln wird in Zukunft auf die standardmäßige Ausgabe von Mietbescheinigungen bei der Beantragung von Leistungen nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (Hartz IV) verzichten. Auf diesen Formularen mussten sich Erwerbslose nicht nur Miet-, Heiz- und Nebenkosten, sondern auch fragwürdige Angaben zu Lage, Ausstattung oder Bezugsfähigkeit ihrer Wohnung vom Vermieter bestätigen lassen. Die Vorlage dieser Bescheinigung entschied häufig über die Bewilligung von Sozialleistungen. Nach mehrfachen An- und Nachfragen der Fraktion Die Linke legte das Jobcenter gestern im Sozialausschuss eine Erklärung vor, wonach die bisherige Praxis „durch die Geschäftsführung des Jobcenters Köln als falsch und kritisch identifiziert“ wurde. Ein entsprechender Handlungsbedarf mit einschränkenden Vorgaben u.a. zur Nutzung der Mietbescheinigung wurde unmittelbar umgesetzt. Michael Scheffer, Mitglied des Sozialausschusses, erklärt dazu: „Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (I.A.B.) verzichteten bis zu 4,9 Millionen anspruchsberechtigte Menschen in Deutschland auf ihnen zustehende Sozialleistungen. Alles was geeignet ist, Hemmschwellen und Hürden bei der Antragstellung abzubauen, sollte zügig umgesetzt werden. Wir begrüßen die rasche und unbürokratische Verfahrensänderung des Jobcenters und werden uns weiterhin für die Belange von Erwerbslosen, insbesondere bei den steigenden Mieten / Kosten der Unterkunft einsetzen.“

www.linksfraktion-koeln.de

Arbeitgeberinstitut bestätigt Die Linke: FRANKFURT A.M. Das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln kommt in seiner Studie zur Armutssituation in Frankfurt am Main zu denselben Ergebnissen wie Die Linke. „Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass es in der reichen Stadt Frankfurt Armut in erheblichem Umfang gibt. Nun bestätigt uns sogar das IW“, sagt Dominike Pauli, Vorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke. im Römer. Die Forscher berücksichtigen in ihrer Studie die Preisniveaus in unterschiedlichen Regionen im Hinblick auf die Kaufkraft. Vor diesem Hintergrund ergibt sich, dass Armut in Frankfurt für 23 Prozent der Bevölkerung traurige Realität ist. „Obwohl Frankfurt eine der reichsten Städte in Deutschland ist, liegt der Anteil an Menschen mit kaufkraftbereinigter Einkommensarmut

in Frankfurt über dem Niveau manch einer finanzschwachen Kommune.

www.dielinke-im-roemer.de

Deutschunterricht für Flüchtlinge durch die Stadt bezuschussen: KASSEL. Die Kasseler Linke beantragt für den städtischen Haushalt 2015, dass die Stadt zumindest 36 000 Euro für den Deutschunterricht für Asylantragsteller*innen bereitstellt. Sprache ist ein Schlüssel zur Teilhabe und notwendig, um ein selbstbestimmtes Leben in Kassel zu ermöglichen. Verschiedene Einrichtungen bieten Sprachkurse an. Diese sind jedoch überwiegend über Spenden finanziert und angewiesen auf ehrenamtliche Unterstützer. Die große Nachfrage können sie dadurch nicht abdecken. Die Stadt sieht sich nicht in der Pflicht, da noch nicht anerkannte Flüchtlinge in Deutschland kein gesetzlich garantiertes Anrecht auf Sprachkurse haben. Im März hat sich die Stadt einstimmig für eine Willkommenskultur ausgesprochen zur Förderung eines gleichberechtigten Lebens in der Stadt. <http://kasseler-linke.de>

Nachzahlungsansprüche sollen vor Verjährung gesichert werden: BONN. Nachzahlungsansprüche von volljährigen erwerbsunfähigen Menschen mit Behinderung, die sich aus einem Urteil des Bundessozialgerichts (BSG) ergeben können, sollen nicht mit Jahresende verfallen. Der Bonner Stadtrat hat am Donnerstag einem entsprechenden Dringlichkeitsantrag der Linksfraktion zugestimmt. Damit soll sichergestellt werden, dass alle Betroffenen zügig von der Stadt informiert werden und noch rechtzeitig vor Jahresende einen fristwahren Überprüfungsantrag stellen können, wofür die Verwaltung ein Musterformular bereitstellt. Den entsprechenden Antrag hatte die Linksfraktion gemeinsam mit dem Erwerbslosen Forum Deutschland entwickelt. Hintergrund ist ein Urteil des BSG, das die generelle Einstufung von volljährigen erwerbsunfähigen Personen mit Behinderung, die bei Angehörigen oder etwa in WG's leben, in die niedrigere Regelbedarfsstufe 3 (derzeit 313 statt 391 Euro Stufe 1) als unzulässige Benachteiligung gewertet hat. Allerdings liegt die schriftliche Urteilsbegründung noch nicht vor und die Sozialämter sind durch das Bundesministerium (BMAS) gehalten, diese veränderte Rechtsprechung vorläufig nicht umzusetzen. Dies führt dazu, dass ohne Widerspruch oder gestellten Überprüfungsantrag jegliche Ansprüche für 2013 in einer Höhe von bis zu 900 EUR pro Person mit Beginn des kommenden Jahres verfallen. Bei

der strittigen Einstufung in den um 20% verminderten Regelbedarf ist eine Kernfrage, in welchem Umfang sich Menschen mit Behinderung an einer gemeinsamen Haushaltsführung beteiligen (können). Das Gericht kam laut bisheriger Verlautbarung zu dem Schluss: „ausreichend [ist] die Beteiligung an der Haushaltsführung im Rahmen der jeweiligen geistig-seelischen und körperlichen Leistungsfähigkeit. Ansonsten würden bestimmte Lebens- und Wohnformen schlechter gestellt als andere, ohne dass hierfür eine sachliche Rechtfertigung ersichtlich wäre.“ <http://www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen>

Nicht im Interesse der MieterInnen: BOCHUM. Die Soziale Liste „kritisiert vehement die geplante Fusion in der Wohnungswirtschaft des Ruhrgebiets“ und fordert stattdessen mehr kommunales Engagement. In einer Pressemitteilung heißt es: Nach der geplanten Übernahme der Gagfah wäre die Deutsche Annington mit 350 000 Mietwohnungen und rund 1 Million Menschen in den Wohnungen mit Abstand Deutschlands größter und Europas zweitgrößter Mietwohnungskonzern. „Der geplante Zusammenschluss zeigt die negativen Auswirkungen der Privatisierung von Wohnungsgesellschaften. Er zeigt, dass Wohnungen, ja sogar ganze Siedlungen, zur Handelsware geworden sind“, so Günter Gleising, Ratsmitglied der Sozialen Liste. Ursprünglich mit gemeinnützigen und genossenschaftlichen Grundlagen sind sowohl die Deutsche Annington als auch die Gagfah heute Kinder der Finanzmarkt-Blase. Auf die hinter den beiden Wohnungskonzernen stehenden Investoren trifft die Bezeichnung „Heuschrecken“ zu. Inzwischen sind beide börsennotiert. „Solche Gesellschaften sind in erster Linie den Interessen ihrer Aktionäre verpflichtet und sollen eine möglichst hohe Rendite erzielen“, stellt die Soziale Liste fest. Viele Annington- und Gagfah-Mieter haben in den letzten Jahren schlechte Erfahrungen mit diesen beiden Immobilienriesen gemacht. Seit Jahren schon sind beide Unternehmen nicht für Mieterfreundlichkeit bekannt. Zigtausende Mieter klagen in Internetforen und bei Mietervereinen über schlechten Service, undurchsichtige Nebenkostenabrechnungen und schlechtes Management bei Mängeln und Reparaturen. www.bo-alternativ.de/

Obdachlosigkeit zum Thema im Rat machen: HANNOVER. Zu den Vorschlägen der Diakonie und Hilfsorgani-

sationen zur Unterbringung von Wohnungslosen angesichts des angespannten Wohnungsmarkts, sagt Oliver Förste, Fraktionsvorsitzender der Linken im Rat: „Wir unterstützen die Vorschläge der Hilfsorganisationen, weil die sich die Betroffenen bei der Wohnungssuche ganz hinten anstellen müssen und auf dem freien Wohnungsmarkt zurzeit null Chancen haben. Meine Fraktion wird deshalb eine gemeinsame Anhörung des Sozialausschusses, des Bauausschusses und des Internationalen Ausschusses zum Thema beantragen. Anschließend kann dann über ein ähnliches Modell wie in Bremen diskutiert werden, dass zum Beispiel Belegrechte und Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft für Wohnungslose reserviert werden. Dazu gehört dann natürlich auch eine spezielle Betreuung.“

www.linksfraktion-hannover.de

Landkreistag begrüßt finanzielles Engagement des Bundes bei Flüchtlingshilfe: BERLIN. Der Deutsche Landkreistag begrüßt, dass sich der Bund in den nächsten zwei Jahren mit jeweils 500 Mio. Euro an den Unterbringungskosten der Städte, Landkreise und Gemeinden für die steigende Zahl von Flüchtlingen beteiligen wird. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Die Milliardenhilfe des Bundes ist eine gute Unterstützung, gerade auch deshalb, weil er eigentlich gar nicht in der finanziellen Verantwortung steht, sondern die Länder. Selbstverständlich erwarten wir eine vollständige Weiterleitung der Bundesmittel seitens der Länder an die Kommunen.“ Sager betonte weiter, dass gerade die Landkreise große finanzielle Belastungen zu schultern hätten, um die Versorgung von Flüchtlingen sicherzustellen. „Die Länder stehen in der Pflicht, diese Mehrausgaben zu finanzieren.“ Generell würden sich die Landkreise zu ihrer humanitären Verpflichtung, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen und ihnen zu helfen, bekennen. „Dies betrifft insbesondere eine menschenwürdige Unterbringung sowie eine angemessene medizinische und soziale Betreuung“, so der DLT-Präsident. Mit seiner Hilfe erkenne der Bund die Lasten der Kommunen an. Die Landkreise seien in allen Ländern (außer in Nordrhein-Westfalen) für die Unterbringung von Flüchtlingen zuständig. <http://www.landkreistag.de>

Zusammenstellung: ulj

Kommunale Politik

Standortdebatte

Wie gestaltet sich die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland aus der Sicht von Kapital und Arbeit? Dazu dokumentieren wir aus einer Stellungnahme der IG Metall sowie aus einem Bericht der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften.

Dokumentiert: IG Metall fordert eine aktive Industriepolitik

Um den Standort Deutschland und die Beschäftigung dauerhaft zu sichern, fordert die IG Metall eine aktive Industriepolitik. Aber: Sie stellt nicht nur Forderungen auf, sondern beteiligt sich auch. Eine aktive Rolle spielt die IG Metall bereits bei der Nationalen Plattform Elektromobilität und im Bündnis für Industrie. Deutschland ist auf einem gutem Weg beim Thema Elektromobilität ganz vorne mitzumischen: 17 Fahrzeugmodelle deutscher Hersteller mit standardisierter Ladeschnittstelle entstanden in den vergangenen vier Jahren. Weitere 12 Modelle sind von den Herstellern für nächstes Jahr angekündigt. Das sichert die Zukunft des Industriestandorts Deutschland,

sagen Politik und Wirtschaft. Und: Das sichert Arbeitsplätze, sagt die IG Metall. Die Idee dahinter: die Nationale Plattform Elektromobilität (NPE). Ihr Credo: Deutschland soll bis zum Jahr 2020 nicht nur zum Leitmarkt, sondern auch Leitanbieter für Elektromobilität werden.

Von Anfang an dabei

Die IG Metall saß von Anfang an – seit 2010 – mit Wirtschaft, Wissenschaft und Politik am Steuer. Denn bereits bei der Gründung der NPE war klar: Der Übergang vom Verbrennungsmotor zur Elektromobilität verändert nicht nur die Automobilbranche sondern die gesamte Metall- und Elektroindustrie.

Deutsche Akademie der Technikwissenschaften acatech. Dossier Zukunft des Industriestandortes – Abschlussbericht Industrie 4.0.

Der Vorstandskreis der Plattform Industrie 4.0. gibt Anstoß und Unterstützung für strategische und politische Aktivitäten sowie die Bestätigung von Grundsatzentscheidungen. Im Vorstand befinden sich u.a.: Dr. Terwiesch (Vorsitzender) ABB AG; Deutsche Telekom, Hewlett-Packard GmbH, IBM, Robert Bosch Industrietreuhand GmbH & Co. KG, Siemens AG, SAP Deutschland AG & Co. KG, acatech, ThyssenKrupp AG, VDMA, BITKOM, ZVI, VW.

„Deutschland ist einer der konkurrenzfähigsten Industriestandorte und gleichzeitig führender Fabrikarsitzer weltweit. Das liegt nicht zuletzt an der Spezialisierung auf die Erforschung, Entwicklung und Fertigung innovativer Produktionstechnologien und der Fähigkeit komplexe industrielle Prozesse zu steuern. Mit seinem starken Maschinen- und Anlagenbau, seiner in ihrer Konzentration weltweit beachtlichen IT-Kompetenz und dem Know-how bei Eingebetteten Systemen und in der Automatisierungstechnik verfügt Deutschland über beste Voraussetzungen, um seine Führungsposition in der Produktionstechnik auszubauen. Nach Mechanisierung, Elektrifizierung und Informatisierung der Industrie läutet der Einzug des Internets der Dinge und Dienste in die Fabrik eine 4. Industrielle Revolution ein. Unternehmen werden zukünftig ihre Maschinen, Lagersysteme und Betriebsmittel als Cyber-Physical Systems (CPS) weltweit vernetzen.

Diese umfassen in der Produktion intelligente Maschinen, Lagersysteme

und Betriebsmittel, die eigenständig Informationen austauschen, Aktionen auslösen und sich gegenseitig selbstständig steuern. So lassen sich industrielle Prozesse in der Produktion, dem Engineering, der Materialverwendung sowie des Lieferketten- und Lebenszyklusmanagements grundlegend verbessern. In den neu entstehenden Smart Factory herrscht eine völlig neue Produktionslogik: Die intelligenten Produkte sind eindeutig identifizierbar, jederzeit lokalisierbar und kennen ihre Historie, ihren aktuellen Zustand sowie alternative Wege zum Zielzustand. Die eingebetteten Produktionssysteme sind vertikal mit betriebswirtschaftlichen Prozessen innerhalb von Fabriken und Unternehmen vernetzt und horizontal zu verteilen, in Echtzeit steuerbaren Wertschöpfungsnetzwerken verknüpft – von der Bestellung bis zur Ausgangslogistik. Gleichzeitig ermöglichen und erfordern sie ein durchgängiges Engineering über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg. Das Potenzial von Industrie 4.0 ist immens: Die Smart Factory kann



IG-Metall-Vorsitzender, Wirtschaftsminister Gabriel und BDI-Chef Grillo (Bild:BMW)

Und nur wenn die gesamte Produktion von der Batterie bis zum Elektroauto in Deutschland bleibt, kann Beschäftigung dauerhaft gesichert werden.

Die NPE zeigt, was die IG Metall schon lange fordert: Dort wo der Dreiklang zwischen Politik, Wirtschaft und Gewerkschaft stimmig klingt, passiert etwas. 17 Milliarden Euro aus der Industrie und 1,5 Milliarden Euro aus der Politik fließen in die Forschung und Entwicklung der Elektromobilität und damit in die Sicherung des Standorts Deutschland.

Motor für gute Arbeit

Die NPE ist ein industriepolitisches Beispiel, das Schule machen könnte.

Denn: Der demografische Wandel, der Fachkräftebedarf, die Digitalisierung, die Energiewende und der Investitionsstau stellen Deutschland vor große Herausforderungen. „Diese zu meistern ist eine gesellschaftliche Aufgabe und kann nur gelingen mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften“, sagt Wolfgang Schroeder, Politikwissenschaftler und Leiter der Grundsatzabteilung der IG Metall.

Um diese Herausforderungen zu meistern, hat die IG Metall die Initiative ergriffen und gemeinsam mit dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesverband der deutschen Industrie ein „Bündnis für Industrie“ initiiert. Es ist ein Bündnis für gute Arbeit, Wachstum und Wohlstand. Kompetenzen sollen gebündelt und Netzwerke geschaffen werden, um unsere Industrie modern zu gestalten.

Die Rolle der IG Metall

Eine moderne Industriepolitik funktioniert nur mit einem Wirtschafts- und Wettbewerbsmodell, das nicht billiger, sondern innovativer und besser ist und das nicht kurzfristig, sondern nachhal-

tig agiert. „Dabei will die IG Metall eine starke, aktive Rolle im industriepolitischen Prozess spielen“, betont Politikwissenschaftler Schroeder.

Eine aktive Rolle spielt die IG Metall bereits innerhalb der NPE oder im Bündnis für Industrie. Aber auch Vertrauensleute, Betriebsräte und Mitglieder sind jeden Tag in den Betrieben Gestalter einer nachhaltigen Industriepolitik. Und die Gewerkschaft ist immer dann gefragt, wenn finanzmarktgetriebene Unternehmenssteuerung oder neoliberale Wirtschaftspolitik gewachsene, leistungsfähige, innovative Arbeitsplätze und Gute Arbeit bedrohen. „Die IG Metall vertritt die Interessen der Beschäftigten in diesem Strukturwandel“, betont Schroeder

Was leisten Staat und Unternehmen?

Noch vor 20 Jahren galt in Deutschland die Industrie als Auslaufmodell, heute zeigt sich ein völlig anderes Bild. Als um das Jahr 2000 die Dotcom-Blase platzte, zerplatzte auch das naive Ideal der Dienstleistungsgesellschaft. Das Festhalten an der sogenannten „Old Economy“ hat Deutschland Stabilität gebracht. *Fortsetzung S. 18*

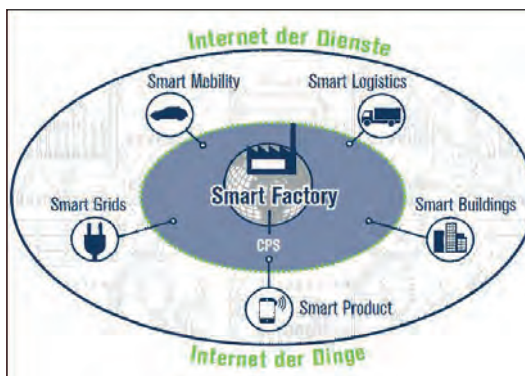
individuelle Kundenwünsche berücksichtigen und selbst Einzelstücke rentabel produzieren.

In Industrie 4.0 sind Geschäfts- und Engineeringprozesse dynamisch gestaltet, das heißt, die Produktion kann kurzfristig verändert werden und flexibel auf Störungen und Ausfälle, zum Beispiel von Zulieferern, reagieren. Die Produktion ist durchgängig transparent und ermöglicht optimale Entscheidungen. Durch Industrie 4.0 entstehen neue Formen von Wertschöpfung und neuartige Geschäftsmodelle. Gerade für Start-ups und kleine Unternehmen bietet sich hier die Chance, nachgelagerte Dienstleistungen zu entwickeln und anzubieten.

Industrie 4.0 leistet darüber hinaus einen Beitrag zur Bewältigung aktueller Herausforderungen wie Ressourcen- und Energieeffizienz, urbane Produktion und demografischer Wandel.

Ressourcenproduktivität und -effizienz lassen sich in Industrie 4.0 fortlaufend und über das gesamte Wertschöpfungsnetzwerk hinweg verbessern. Arbeit kann demografie-sensibel und sozial gestaltet werden. Die Mitarbeiter können sich dank intelligenter Assistenzsysteme auf die kreativen, wertschöpfenden Tätigkeiten konzentrieren und werden von Routineaufgaben entlastet. Angesichts eines drohenden Fachkräftemangels kann auf diese Weise die Produkti-

vität älterer Arbeitnehmer in einem längeren Arbeitsleben erhalten werden. Die flexible Arbeitsorganisation ermöglicht es den Mitarbeitern, Beruf und Privatleben sowie Weiterbildung besser miteinander zu kombinieren und erhöht die Work-Life-Balance. Der globale Wettbewerb in der Produktionstechnik nimmt zu. Neben Deutschland haben auch andere Län-



der den Trend zur Nutzung des Internets der Dinge und Dienste in der industriellen Produktion erkannt. Nicht nur Konkurrenten aus Asien setzen die heimische Industrie unter Druck, auch die USA wirken ihrer eigenen De-Industrialisierung mit Förderprogrammen zum „advanced manufacturing“ entgegen.

Damit die Transformation der industriellen Produktion hin zu Industrie

4.0 gelingt, sollte Deutschland eine duale Strategie verfolgen: Die deutsche Ausrüsterindustrie soll weiterhin führend auf dem Weltmarkt bleiben, indem sie durch das konsequente Zusammenführen der Informations- und Kommunikationstechnologie mit ihren klassischen Hochtechnologieansätzen zum Leitanbieter für intelligente Produktionstechnologien wird.

Gleichzeitig gilt es, neue Leitmärkte für CPS-Technologien und -Produkte zu gestalten und zu bedienen. Um diese Ziele der dualen CPS-Strategie zu erreichen, sind folgende Charakteristika von Industrie 4.0 zu verwirklichen:

- Horizontale Integration über Wertschöpfungsnetzwerke
- Digitale Durchgängigkeit des Engineerings über die gesamte Wertschöpfungskette
- Vertikale Integration und vernetzte Produktionssysteme. Der Weg zur Industrie 4.0 erfordert in Deutschland enorme Anstrengungen in Forschung und Entwicklung.

Um die duale Strategie umsetzen zu können, besteht Forschungsbedarf zu der horizontalen und vertikalen Integration von Produktionssystemen sowie zur Durchgängigkeit des Engineerings. Darüber hinaus sind die neuen sozialen Infrastrukturen der Arbeit in Industrie 4.0-Systemen in den Blick zu nehmen und CPS-Technologien weiterzuentwickeln ...“

Um die duale Strategie umsetzen zu können, besteht Forschungsbedarf zu der horizontalen und vertikalen Integration von Produktionssystemen sowie zur Durchgängigkeit des Engineerings. Darüber hinaus sind die neuen sozialen Infrastrukturen der Arbeit in Industrie 4.0-Systemen in den Blick zu nehmen und CPS-Technologien weiterzuentwickeln ...“

http://www.bmbf.de/pubRD/Umsetzungsempfehlungen_Industrie4_0.pdf

Heute weiß jeder: Dienstleistungsberufe sind nicht anstelle der Industrie entstanden, sondern als ihr wesentlicher Teil. Gut 3,7 Millionen Beschäftigte arbeiten in Betrieben der Metall- und Elektroindustrie. Der Anteil der Industrie an der Bruttowertschöpfung liegt bei rund 25 Prozent. Und nach wie vor ist der Industriesektor für 40 Prozent des Produktionswerts verantwortlich. Rechnen wir die produktionsnahen, industriellen Dienstleistungen hinzu, dann hängen rund 60 Prozent des Produktionswerts direkt oder indirekt von der Industrie ab. Das Zahlenspiel verdeutlicht: Wer die Zukunft der Industrie sichert, sichert die Zukunft Deutschlands. Das ist keine Banalität. Politik und Wirtschaft müssen einiges dafür tun, damit unsere Industrie weiterhin wettbewerbsfähig bleibt.

Mehr Investitionen

Deutschlands Investitionsquote ist in den letzten 20 Jahren zurückgegangen und im internationalen Vergleich zu gering. Höhere Investitionen sind sowohl eine Aufgabe des Staats als auch der Unternehmen. Der Staat muss für stabile wirtschafts- und industriepolitische Rahmenbedingungen sorgen. Dabei hat die IG Metall ganz konkrete Forderungen an die Politik:

- Die digitale Infrastruktur muss schnell aufgebaut werden
- Investierende Unternehmen müssen gezielt gefördert werden, denn verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten oder Investitionszulagen für Investitionen können zum Gelingen der Industrie 4.0 beitragen
- Ein New Deal für Technologie- und Investitionsförderung sollte daher elementarer Bestandteil des Bündnisses für Industrie sein.

„Von den Unternehmen erwarten wir, dass sie gemeinsam mit uns Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen als Basis einer starken Industrie sozialpartnerschaftlich gestalten und dass sie in den Standort Deutschland und die Qualifizierung der Beschäftigten investieren“, sagt Schroeder.

Mehr Bildung

Industriepolitik heißt auch Fachkräftepolitik. „Fachkräfte sind der Motor von Innovationen. Sie schaffen reale Werte und sichern das wirtschaftliche Wachstum sowie den gesellschaftlichen Wohlstand unseres Landes und sind damit für den Fortschritt der Gesellschaft unerlässlich“, sagt Schroeder. „Es ist unser Ziel, den demografischen Wandel und die Zukunft der Arbeit so zu gestalten, dass neue Chancen für sozialen Aufstieg, gute Arbeit, bessere Bildung, eine neue Balance von Arbeit und Leben sowie mehr Beteiligung entstehen.“

<http://www.igmetall.de/standort-deutschland-14961.htm>

Wer redet hier eigentlich vom „Heiligen Krieg“?

Eine kleine Begriffsgeschichte

Viele Menschen reagieren mit Empörung auf die Angriffe der islamistischen IS-Milizen im Irak und Syrien, die über Menschen herfallen, die in ihren Augen „Ungläubige“ und „Feinde Allahs“ sind. Die Taten der Anhänger dieses neuen Kalifats zur Ausbreitung des Islam werden hierzulande mit „Dschihad“ übersetzt und als „Heiliger Krieg“ von ihnen selbst begründet. Zeitgleich findet in den hiesigen Medien ein Kampf um die Köpfe statt, ob und wie der „säkular aufgeklärte Westen“ gegen solch einen „religiösen Wahn“ und überhaupt gegen den „reaktionären Islam“ einschreiten soll. Aber hat das überhaupt noch mit Religion zu tun, was wir da sehen, fragen sich kritische Menschen, die erschüttert sind von Berichten über grauenhafte Handlungen der IS-Kämpfer? Ist der Islam wirklich grundsätzlich durch derartige „Heilige Kriege“ mit solchen schrecklichen Taten vorprogrammiert? Findet man also doch im Christentum die bessere, friedlichere Religion oder betrieb auch sie von Anfang an solch „Heiligen Krieg“?

Schauen wir einmal genauer hin auf die Begriffe des Dschihad und des „Heiligen Krieges“. Unsere kleine Untersuchung ihrer Geschichte in beiden Religionen soll helfen, ein wenig mehr Klarheit über diese Fragen zu bekommen.

„Dschihad“ — ein „Heiliger Krieg“ des Islam?

Die Vokabel „Dschihad“ findet sich im Lexikon als Verbform „dschahhaz“ für „vorbereiten“, „ausstatten“ und „ausrüsten“. In der Substantivform kann sie daher z.B. sogar auch „die Aussteuer“ bedeuten, steht aber ganz allgemein sinngemäß für „Anstrengung“ und „Kampf“. Der Begriff des „Heiligen“ ist darin überhaupt nicht enthalten. In den heutigen Leitmedien hat sich „Dschihad“ mit der Übersetzung „Heiliger Krieg“ bei uns eingebürgert. Das ist falsch. Der arabisch-islamische Begriff gibt diese Sinndeutung nicht her; er entspringt einer europäischen Begriffsdeutung. Untersuchen wir zunächst einmal, was „Dschihad“ in seinem arabischen Kontext für den Islam und seine Geschichte bedeutet hat.

Mohammed (570 bis 632), der Begründer des Islam, und seine Gefährten haben sich von Beginn an im religiösen wie im politischen Kampf mit ihren Gegnern auseinandersetzen müssen. Sein eigener Stamm der Koraischiten verjagte ihn aus Mekka. Nach Medina geflohen, suchte er sich unter befreundeten Stämmen und auch bei jüdischen Gruppen Anerkennung und Hilfe. In den normativen Quellen des Islam — dem Koran und der Hadith aus der frühislamischen Praxis — wird der „Dschihad“ dabei zunächst ganz individuell für die Gläubigen als „das Bemühen auf dem Weg Gottes“ interpretiert — heute von frommen islamischen Gläubigen als eine „vergessene Glaubenspflicht“ wieder entdeckt — und gleichzeitig als Pflicht der Gefährten verstanden, sich durch militärischen Kampf seiner realen Gegner zu erwehren. Es ergeht an alle Glaubensgenossen der Auftrag, den „Dschihad“ zu führen und sinngemäß werden dafür auch andere, ähnliche Worte und Be-

griffe verwendet. So in Sure 2, Vers 191: „Wenn sie euch töten, so tötet ihr sie“. Wenn die Gemeinschaft der Gläubigen für Gerechtigkeit auf Erden zu sorgen hatte, dann waren konsequenterweise die Anführer der feindlichen Streitkräfte „Gefolgsleute des Teufels“ und ein Kampf und Krieg zur Selbstverteidigung überlebensnotwendig.

Mohammed kehrt siegreich nach Mekka zurück und die Koraischiten übernehmen anstelle des arabischen Polytheismus den von Mohammed vertretenen alleinigen Gott Allah. Aber danach kehrt nun keineswegs Ruhe und Frieden ein, weder nach außen noch nach innen. In diesem geschichtlichen Prozess wandelte sich im Laufe der Jahrhunderte — wie wir bereits in der Buchbesprechung „Die unbekannte Mitte der Welt — Globalgeschichte aus islamischer Sicht“ von Tamim Ansary in den „Politischen Berichten“ im April 2011 dargestellt haben — der Begriff des Dschihad im Islam und der arabischen Welt erheblich. Nach der Eroberung der Stadt Mekka und dem dort errichteten religiösen Zentrum rund um den Kaaba-Stein ist es nun das erklärte Ziel Mohammeds, sämtliche arabischen Stämme im Islam zu vereinen und danach auch die christliche, jüdische und heidnische Welt für den islamischen Glauben in einem einzigen Staatsgebilde zu gewinnen. Die dafür notwendigen Eroberungszüge werden als der neue Dschihad legitimiert.

Die den umliegenden von Feudalismus und Unterdrückung geplagten Völkern verkündete neue Moral der Gemeinschaft und Gerechtigkeit, des Anstandes und der Harmonie, der Gleichheit und des Mitgefühls sowie einer neuartigen Beteiligung an politischen Entscheidungen finden bei den unteren Schichten bald große Zustimmung. Zumal ihre religiösen Organisationen

– vor allem bei Juden und Christen als geachtete Schriftreligionen – nicht angegriffen, sondern geduldet werden. Vom Staat bzw. dem Kalifat des Islam werden sie lediglich zu Abgabenzahlungen verpflichtet. Den Herrschenden allerdings, wenn sie sich nicht freiwillig unterwerfen, wird der Kampf angesagt. Und so breitet sich im Laufe weniger Jahrzehnte die islamische Religion und Herrschaft blitzartig über die ganze östliche „Welt der Mitte“ bis an die Grenzen Chinas aus, erreicht den Norden Afrikas und den südlichen Teil der westlichen Welt in Spanien, Frankreich und Italien. Dabei wird die militärische Eroberung – die „Einladung mit Hilfe des Schwertes“ – strikt von der religiösen Bekehrung getrennt.

Auch in der inneren Organisation und Struktur des Islam, vor allem bei der Errichtung eines einheitlichen Kalifats, bleibt der Auftrag zum Dschihad lebendig. Nach Mohammeds Tod im Jahr 632 übernehmen die nachfolgenden Kalifen dieses Prinzip der berechtigten Verteidigung fast „automatisch“, auch wenn der Kalif Omar im 7. Jahrhundert versöhnlicher betont, dass „nach innen“ Frieden herrschen und die anfänglichen Stammeskriege aufhören sollen. Islamische Rechtsgelehrten kommen nicht darum herum, jetzt auch solche Kämpfe als berechtigt anerkennen, in denen sich verschiedene Fraktionen des Islam blutig gegenüber stehen. Die Ausgangsfrage: „wer

soll Mohammeds Nachfolger sein?“ spaltete die islamische Welt der Gläubigen in zwei große Lager, die bis heute gültige Trennung zwischen Sunniten und Schiiten nimmt hier ihren Anfang. Sollte eher ein naher Verwandter Mohammeds oder lieber einer seiner ersten Anhänger dazu legitimiert sein? Nach arabischer Sitte wurden Erbrecht und Nachfolge der männlichen Verwandtschaft zugeteilt. Sollte nun jetzt lieber danach entschieden werden, wer ideologisch der treueste Gefährte Mohammeds gewesen war?

Einen Sohn hatte Mohammed nicht, so setzte sich bei den Sunniten zunächst sein Schwiegervater Abu Bakr, sein Cousin und Schwiegersohn und Otman und ein weiterer Verwandter Omar durch – alle waren sie aber auch treue Gefährten gewesen. Die Schiiten dagegen billigten nur die direkte Erblinie über Mohammeds Tochter Fatima hin zu den Enkeln Hassan und Hussein. Im blutig ausgetragenen Dschihad siegten zunächst die Sunniten. Im Laufe der Jahrhunderte wurden daraus ganz „gewöhnliche“ Kämpfe und Kriege von verschiedenen Dynastien wie die der Omajyaden, Abbasiden, Fatimiden, Almohaden und von regionalen Herrschern in Damaskus, Bagdad, Kairo oder Granada. Der Begriff des Dschihad wurde dafür kaum noch verwendet. Nur in den vier verschiedenen Schulen der Rechtsgelehrten wurde darüber weiter heftig diskutiert.

Dschihad – ein Begriff wandelt sich

Als ab dem Jahre 1095 die europäischen Kreuzfahrer mordend und brennend in das damals wenig geeinte Reich der Muslime in Kleinasien und Palästina einfallen, kommt es zu einem Wiederaufleben des Dschihad-Gedanken. Saladin schaffte es – allerdings auch erst nach einem blutigen Massaker gegen die islamischen Fatimidenherrscher in Kairo – sein Volk gegen die Frandsch, die aus Franken, bzw. Frankreich stammenden Feinde in der Dynastie der Ajjubiden erfolgreich zu vereinen. Nach der bedeutenden Schlacht – dem Dschihad von Hattin (1187) – werden die „Ungläubigen“ vernichtend geschlagen und sind ein Jahrhundert später fast gänzlich aus dem arabischen Reich vertrieben. Nur als christliche Pilger dürfen sie weiterhin nach Jerusalem kommen.

Im 13. Jahrhundert fallen die Mongolen unter Dschingis-Khan und Tamerlan aus dem Osten in noch viel grausamerer und verheerender Weise als die Kreuzfahrer über die arabische Welt her. Zwar wird ihre Eroberung vor Syrien gestoppt, ihretwegen geraten aber die islamischen Juristen und Theologen in einen heftigen Streit über eine neue Deutung des Dschihad. Die theologisch komplizierte Lage: viele unter den Angreifern, zum Teil ganze Völkerschaften aus dem Osten, gehörten selbst dem Islam an. Daraufhin billigte der syrische Rechtsgelehrte Ibn Taimija einen Dschihad auch dann, wenn

er gegen eigene Glaubensbrüder gerichtet war. Wenn diese Moslems sich in Wirklichkeit wie Ungläubige verhielten und somit Abtrünnige und Ketzer waren. Diese Ausnahmeregelung hatte in den folgenden 400 Jahren nach dem Überfall der Mongolen keine größere Bedeutung mehr. Aber in unseren Tagen wird diese Vorstellung erneut eindringlich von den Fundamentalisten und ihren verschiedenen Gruppierungen vertreten und umgesetzt.

Einige der modernen Gruppierungen der islamisch-arabischen Welt, die sich ab den 50er Jahren des vergangenen Jahrhunderts unmissverständlich auf den Dschihad beriefen, waren die Muslimbrüder, die sich vorgenommen hatten, den Kampf gegen die kapitalistische und dekadente westliche Welt zu führen. Sie haben zahlreiche Nachahmer im heutigen Saudi-Arabien, Ägypten, Pakistan, Afghanistan und Palästina gefunden. Sie propagieren den politischen Mord und rufen zu Selbstmord-Attentaten auf, indem sie zu den fünf – seit Mohammeds Zeiten festgelegten



Abb. links: Mohammed (den Regeln des Islam entsprechend ohne Gesicht dargestellt), im Kreise seiner Gefährten. Shiraz (Iran, Persien) 1577 (Orientabteilung, Staatsbibliothek zu Berlin)



Abb. rechts: Mohammed (den Regeln des Islam entsprechend ohne Gesicht gemalt) stellt sich den zahlenmäßig überlegenen Truppen; türkische Miniatur aus dem 18. Jh., Bibliothek des Topkapi Sarayı Müzesi, Istanbul

— Säulen des Islam eine weitere hinzu erfinden: Der Dschihad ist nicht nur eine Pflicht für jeden Muslim, sondern er ist die sechste Säule des Islam und steht auf einer Stufe mit Gebet, Pilgerfahrt, dem Fasten, der Wohlfahrt und dem Bekenntnis zu Gott. Nach dieser Doktrin sind alle, die sich nicht am Glaubenskrieg beteiligen, Feinde des Islam. Solche Muslime dürfen folglich von den eigenen „wahren“ Glaubensgenossen getötet und vernichtet werden. Ab den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts haben die Muslimbrüder in Ägypten allerdings die Abkehr von jeglicher Gewalt erklärt — was in der westlichen Welt aber kaum zur Kenntnis genommen wird.

Abschließend ist festzustellen: selbstverständlich gibt es im Koran, im Islam und in seiner geschichtlichen Wirklichkeit von Anfang an den Dschihad als eine Aufforderung zum politischen Kampf, ja Krieg, gegen seine Gegner und Widersacher. Der Begriff enthält die doppelte Bedeutung: die eines friedlichen Ringens um den persönlichen wahren Glauben, „zu versuchen, ein guter Mensch zu sein“ (der „Große Dschihad“) und die eines politischen gewaltbereiten Kampfes gegen die Ketzer und die Ungläubigen in den eigenen Reihen und die sie bedrohenden Herrscher in aller Welt (der „Kleine Dschihad“). Aber das Wort „Heilig“ wird dabei auf jeden Fall nicht verwendet.

„Dschihad“ – ein „Heiliger Krieg“ auch im Christentum?

Anders als der Islam, der von Anfang an kriegerisch und erobernd auftritt, trat das Christentum von Jerusalem aus nur missionierend in Erscheinung. Die frühen Christen erwarteten nach der Auferstehung und Himmelfahrt Jesu dessen baldige Wiederkehr im Jüngsten Gericht und damit die Endzeit der Welt. Als 70 nach Christus der jüdische Tempel in Jerusalem — in dem auch die Christen immer noch beteten und opferten — von den Römern zerstört wurde, brach die Endzeitstimmung zusammen. Die christlichen Gemeinden, nun klar von den jüdischen Gemeinden getrennt, wandten sich allen erreichbaren Menschen und Religionen des Römischen Reiches zu, um sie dauerhaft zu bekehren. Für 300 Jahre agierten sie als Minderheit — mit kaum mehr als 5% Anteil an der Bevölkerung — unter großen persönlichen Schwierigkeiten und hatten unter der Verfolgung durch die Kaiser des Römischen Reiches zu leiden. Dabei selbst Gewalt auszuüben, daran war gar nicht zu denken. Schließlich hatte doch Jesus in der Bergpredigt ihnen mit auf den Weg gegeben, sie sollten, würden sie auf die rechte Backe geschlagen, doch auch die andere noch hinhalten.

In dem vom Militär dominierten Im-

perium Romanum fanden sich bald zahlreiche heidnische Soldaten und Söldner aus aller Welt, die sich dem christlichen Glauben anschließen wollten. Die Gemeinden mussten sich jetzt die Gewissensfrage stellen: Kann und darf ein Christ überhaupt Soldat sein? Darf man folglich Soldaten in die verfolgten, geheimen und streng reglementierten Gemeinden aufnehmen? Die lapidare biblische Antwort „... lasst euch genügen an eurem Sold“ (Lukas 3, 14) half da nicht sonderlich weiter. Radikale christliche Gruppierungen verweigerten den Soldaten die christliche Taufe.

Als sich der spätere Kaiser Konstantin 312 im Kampf um die Herrschaft vor Rom ein christliches Zeichen auf die Fahnen heftete, änderte sich die Situation der christlichen Gemeinden und ihrer eher gewaltfreien Theologie grundlegend. Das Christentum wurde nun zur bevorzugten Religion und 372 schließlich anerkannte Staatsreligion. Massenhaft strömten Taufbewerber in die Kirchen. Ihre zuvor eingezogenen Güter an Häusern, Inventar und Spendensammlungen wurden ihnen zurückerstattet. Nicht nur dies: mit aufwendigen Geldern — vor allem für den Bau prächtiger Kirchen — unterstützten die Kaiser in Rom und Byzanz die neu gebildeten Diözesen von Trier bis Jerusalem. Die dortige Grabeskirche und die Hagia Sophia in Istanbul legen heute noch Zeugnis davon ab. Zu dieser neuen politischen Macht, zu der die Christen vom Bettler bis zum Kaiser jetzt selbst gehörten, mussten sie ein neues Verhältnis finden. Eine neue Deutung ihrer biblischen Tradition musste her. Und auf jeden Fall eine neue Deutung staatlicher und militärischer Macht. Das besorgte vor allem der prominenteste Theologe seiner Zeit, der Kirchenvater Augustin (354 bis 430). Er entwickelte die Theorie vom *bellum iustum*, dem „gerechten Krieg“. Das Römische Reich sei zugrunde gegangen, weil es nicht mehr gerecht vor Gott gehandelt habe. Das Christentum würde nun seine Stelle einnehmen und eine gerechte Herrschaft und die dazu notwendigen Kriege führen. Es galt, dem einzelnen Christen ein friedliches und gottwohlgefalliges Leben zu ermöglichen und zugleich dem christlichen Staat in seiner politischen und militärischen Macht die notwendige Gewalt zuzugestehen. Dafür konnte in der Bibel durchaus auch der passender Satz gefunden werden: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert!“ (Matthäus 10,34).

Ohne Skrupel hat die ab dem 6. Jahrhundert stark gewordene Römisch-Katholische Kirche unter der Leitung des Papstes ihre Heidenmission mit „Feuer und Schwert“ betrieben. Dazu nutzte sie opferbereite, fromme und gebildete Missionare wie Ansgar und Bonifa-

tius für das Abschlagen der sakralen Eiche ebenso wie den Franken-Kaiser Karl den Großen für das Abschlagen der Häupter widersetzlicher Sachsen. Um das Jahr 1000 ging der Gründung von europäischen Staaten meist die Übernahme des Christentums, bzw. die Taufe des entsprechenden Herrschers voraus. In der Regel folgte ein entsprechender Krieg gegen die inneren regional bisher selbständigen Gruppierungen und die äußeren Feinde, deren Land man beanspruchte. Der Erfolg ist ein durch und durch christliches Abendland, für das der Theologe Thomas von Aquin (1225 bis 1274) nun eine ausgetüftelte Theorie vom „gerechten Krieg“, vom „*bellum iustum*“, weiter entwickelt und systematisiert. Sie soll das Handeln frommer Fürsten als Kriegsherren und der für sie kämpfenden Soldaten erneut rechtfertigen und auf eine solide kirchlich-theologische Grundlage stellen. Wer Krieg führen will, dem muss nach dieser Lehre ein gerechter Grund (*causa iusta*) vorliegen. Legitimiert zur Kriegsführung ist allein die autorisierte politische Gewalt (*legitima auctoritas*). Ein gutes Ziel für einen Krieges ist, wenn eine gebrochenen Rechts- und Friedensordnung wiederhergestellt werden soll (*intentio recta*). Dabei soll die Verhältnismäßigkeit der kriegerischen Mittel bedacht sein (*debitus modus*).

Obwohl im Mittelalter die Übernahme des Begriffes „heilig“ in Kirche und Gesellschaft fast zur alltäglichen Selbstverständlichkeit wird (vom Heiligen Geist über die verehrten Heiligen bis zu den Heiligen Festen) und auch das in Europa in bestimmende Kaiserreich sich nach und nach selbst als „Heiliges Römisches Reich Deutscher Nation“ beschreibt, kommt erstaunlicherweise dieser Begriff in Form eines „Heiligen Krieges“ nicht vor. Gerecht ja, aber heilig nicht. Noch nicht einmal in Verbindung mit den zahlreichen, oft exstatischen Aufrufen zu den Kreuzzügen. Die über drei Jahrhunderte hinweg gültige religiöse Parole, mit der Papst Urban II. um 1095 begonnen hatte, hieß „*Deus lo vult*!“ — „Gott will es!“ und war damals der gängige Ruf zu den „bewaffneten Wallfahrten“ ins „Heilige Land“. Den ungläubigen Moslems das „Heilige Grab Jesu“ zu Jerusalem wieder zu entreißen, das ist ein gerechter Krieg und dient der persönlichen Sündenvergebung, aber er war eben kein „Heiliger Krieg“.

Der protestantische Reformator Martin Luther (1483 bis 1546) hat mit seiner Zwei-Reiche-Lehre dieser mittelalterlichen Kriegstheorie und -praxis keineswegs widersprochen, sondern sie für den einzelnen Kriegermann, der im Dienste der Obrigkeit steht, gewissermaßen seelsorgerlich aufbereitet. „... weil mein (militärischer Dienst-)Herr mich fordert und mein begehrt, so kom-

me ich in Gottes Namen und weiß, dass ich Gott damit diene, und will meinen Sold verdienen oder nehmen, was mir dafür gegeben wird. Denn es soll ja ein Kriegermann solch Gewissen und Trost mit sich und bei sich haben, dass er es schuldig sei und es tun müsse, damit er gewiss sei, dass er Gott drinnen diene und sagen könne: Hier schlägt, sticht, würgt nicht ich, sondern Gott und mein Fürst, deren Diener meine Hand und mein Leib jetzt ist.“ Luther bringt es 1526 – ein Jahr nach der Niederwerfung der Bauern – in dem Büchlein „Ob Kriegerleute auch in seligem Stande sein können“ (1526) drastisch auf den Punkt: Der Soldat im Einsatz soll wissen: „Gott henkt, rädert, enthauptet, tötet und führt den Krieg“.

„Heiliger Krieg“ – ein Begriff des 19. Jahrhunderts

Im 18. Jahrhundert – der Zeit der Aufklärung – wird das deutsche Wort „heilig“ aus dem genuin religiösen Bezug herausgefiltert und mehr und mehr für die absolut und allgemein gültige Verbindlichkeit im säkularen Bereich verwendet. Der Begriff des „Heiligen“ wird im übertragenen Sinne zum absoluten sittlichen Prädikat einer Sache, zum vollendet Guten. Immanuel Kant nennt einen heiligen Willen den Willen, der aus Antrieb der Pflicht ohne Wanken dem moralischen Gesetz gehorcht. Nur dies ist der vollkommene moralische Wille und damit gut.

Nun dauert es nicht mehr lange, bis „endlich“ der Begriff vom „Heiligen Krieg“ auftaucht, erstmalig verwendet bei Friedrich Schiller, 1790. In seiner „Universalhistorischen Übersicht der merkwürdigen Staatsbegebenheiten zu den Zeiten Kaiser Friedrichs“ blickt er auf dessen mittelalterliche Kriege als auf „Heilige Kriege“ zurück. Wenig später schreibt der Theologe Friedrich Daniel Schleiermacher in seiner Schrift „Über die Religion. Reden an die Gebildeten unter ihren Verächtern“ (1799) vom „Heiligen Krieg“. Er setzt sich dabei mit der bereits oben angeführten Bibelstelle auseinander: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu senden, sondern das Schwert“ (Matthäus 10,34) und behauptet nun: „... diese heiligen Kriege, die aus dem Wesen seiner Lehre (nämlich Jesus als Religionsstifter) notwendig entstehen, hat er voraus gesehen, und indem er sie voraussah, befohlen.“

Nach der in Europa erfolgreich durchgeführten Französischen Revolution von 1789, der Zerschlagung des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ 1803 und dem Beginn der Napoleonischen Kriege erwächst unter deutschen Dichtern und Denkern die Hoffnung auf die Gründung einer deutschen Nation. Jetzt bekommt der Gedanke des „Heiligen Krieges“ durch Ernst Moritz Arndt (1769-1860) und



Friedrich Friesen, Ludwig Jahn, Theodor Körner reichen sich die Hand vor einer Eiche. Postkarte aus dem Jahre 1903. Die „Patrioten“ gehörten dem Lützower Freikorps an: Karl Friedrich Friesen (1785-1814), Anhänger Jahns und Mitbegründer der deutschen Turnkunst, einer der Hauptwerber und -gestalter des Lützow'schen Freikorps, Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852), der „Turnvater“ Freikorpsmitglied und Begründer der nationalistischen deutschen Turnerbewegung, für den körperlichen Ertüchtigung Quelle der Erneuerung war; und Theodor Körner (1791-1813). Körner fiel im Krieg gegen Napoleon.

Theodor Körner (1791-1813) Rückenwind. Diese zwei maßgeblichen Protagonisten der Anti-Napoleonischen Kriege schreiben Ermunterungslieder vor der Schlacht.

Körner reimt in seiner Gedichtsammlung „Leier und Schwert“:

„... Das höchste Heil, das letzte, liegt im Schwerte! / Drück' dir den Speer ins treue Herz hinein! – / Der Freiheit eine Gasse! – Wasch' die Erde, / dein deutsches Land, mit deinem Blute rein! / Es ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen; / Es ist ein Kreuzzug. 's ist ein heil'ger Krieg! ...“

In den Bewegungen des 19. Jahrhunderts um die Herausbildung einer deutschen Nation wird in der Rückschau der Begriff vom „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ bedeutungsvoll aufgeblasen. Jetzt erst, nachdem es nicht mehr existiert und damit die religiöse ideologische Kuppel zerbricht, die seit dem Mittelalter alle gesellschaftlichen Bereiche überspannt hatte, wird bewusst eine politische Diktion übernommen, in der das „Heilige“ nun zur Heiligung profaner gesellschaftlicher Vorgänge zur Verfügung steht und genutzt werden kann. Religion und Politik, Klerus, Bauern, Bürger, Adelige und die entstehende Arbeiterschaft finden sich in dieser neuen Ordnung jäh wieder: nebeneinander und als getrennt handelnde Akteure. Nun werden sie aufgerufen, sich doch neu zu vereinen. Jetzt im „Heiligen Krieg“ um die sich bildende neue deutsche Nation.

„Dschihad“ und- „Heiliger Krieg“ im kulturellen Austausch

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts versuchen die europäischen Kolonialmächte neben den militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen ihre Herrschaft auch durch Mission und zivilisatorische Maßnahmen zu festigen. Dabei ist es strategisch klug, wenn sie auch die Kultur der von ihnen unterworfenen z.B. muslimischen Völker kennen lernen und deren Religionen verstehen. In dieser Zeit kommt es zu einer gewissen Rückübertragung bestimmter nach ihrer Meinung „passender“ Begriffe. Davon berichtet Rudolph Peters in seinem Buch „Islam and Colonialism“. Als britische Militärs 1860 in Indien mit aufständischen Moslems konfrontiert werden, bezeichnen sie deren rebellisches Verhalten als „Holy War“. Die Folge war, dass nun auch muslimische intellektuelle Elemente der lateinisch-christlichen Überlieferung auf den Dschihad anwendeten, um dadurch zu signalisieren, dass sie einen legitimen Verteidigungskrieg führen.

Friedrich Wilhelm Graf stellt in seinem Buch „Götter Global“ fest: „Die Wortverbindung „Heiliger Krieg“ ist europäischen Ursprungs; es gibt dazu in den Islamsprachen keine genaue Entsprechung. ... In ideenpolitisch äußerst interessanten Austauschprozessen ... nahmen muslimische Religionsintellektuelle nun Elemente der lateinisch-christlichen bellum-iustum-Überlieferung (d.h. vom gerechten Krieg) auf und verstanden den Dschihad in diesem begrifflichen Rahmen als einen legitimen Verteidigungskrieg.“ So wird der Westen rückwirkend – „in dem als



Heiligung von politisch-militärischem Handeln bei der Bundeswehr: In Uniform treten Soldatinnen und Soldaten an den Altar. Militärpfarrer Msgr. Bernward Mezger spendet drei Wochen nach Ostern Frau Stabsunteroffizier Jennifer C. in Mazar-e Sharif das Sakrament der Firmung. Zusammen mit ihrem Firmpaten Hauptmann Peter H. trat sie zum Bekenntnis des Glaubens, zu Handauflegung, Salbung und Friedensgruß in der Sonntagsmesse vor den Altar im Haus Benedikt. Quelle: www.kmba.militaerseeelsorge.bundeswehr.de/portal/

Heiliger Krieg legitimierten gewalttätigen Dschihad radikaler Islamisten ... mit seiner eigenen Religions- und speziell auch Glaubensideengeschichte konfrontiert“.

Viele Assoziationen bis ins 20. Jahrhundert hinein kommen der Leserin und dem Leser beim Weiterdenken in den Sinn. Von „Weidmanns Heil!“ über „Heil Dir im Siegerkranz!“ bis „Heil Hitler“ ist die deutsche Sprachwelt angefüllt mit diesem schlimmen heiligen Erbe ...

Und auf der eigenen, der linken Seite? Von solch sprachlicher Verherrlichung oder besser Verheiligung sind auch die linken sozialistischen Parteien, Gruppierungen und die internationale Arbeiterbewegung nicht verschont geblieben. Dafür ist Mao Zedong ein prominentes Beispiel. Als die chinesischen Kommunisten im Mai 1938 den Widerstandskrieg gegen die japanischen Eindringlinge zu organisieren begannen, schrieb er in seiner Schrift „Über den langwierigen Krieg“: „Die im Laufe der Geschichte geführten Kriege teilen sich in zwei Arten: in gerechte und ungerechte Kriege. Alle Kriege, die dem Fortschritt dienen, sind gerecht, und alle Kriege, die den Fortschritt behindern, sind ungerecht. ... Unser Krieg ist ein heiliger, gerechter und fortschrittlicher Krieg für den Frieden – für den Frieden nicht nur in einem einzigen Land, sondern in der ganzen Welt, und nicht nur für eine kurze Frist,

sondern für alle Zeiten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir einen Kampf auf Leben und Tod führen, zu jedem Opfer bereit sein und bis zum Ende durchhalten, dürfen wir den Kampf nicht einstellen, bevor das Ziel erreicht ist.“ Eine Diktion, die von Körner und Arndt nicht wirklich weit entfernt ist.

Die Heiligung der Politik

Die große Versuchung der Heiligung von Politik bleibt vor allem in der westlichen Welt bis heute präsent. Auch in den gegenwärtigen bundesdeutschen Politikerreden lauert noch immer solch ein Heiligsprechen von politischem Handeln. Ist etwas „heilig“, so bedeutet das immer: Schluss der Debatte. Wer nicht für mich ist, ist gegen mich. Das „Heilige“ ist nicht verhandelbar. „Gefallene“ deutsche Soldaten werden neuerdings wieder in Kirchen aufgebahrt und profan-sakral verabschiedet. So inszenierte der damalige Minister von Guttenberg sich 2010 als zivil-religiöser Priester der politischen „Gemeinschaft des deutschen Volkes“: „Soldaten, wir werden Euch vermissen. Und wer vermisst, vergisst nicht. ... Soldaten! Seid in Gottes Segen geborgen“.

Und ausgerechnet in diesem scheinbar säkularisierten Westen wirft man den Moslems vor, ihren religiösen „Heiligen Krieg“ zu führen.

Edda und Karl-Helmut Lechner

Die Linke Baden-Württemberg

Landesparteitag 6./7.12.2014 und die Landtags- wahlen 2016

In der Mitte der zweijährigen Amtsperiode des 2013 gewählten Landesvorstandes, rund 16 Monate vor den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 fand in Stuttgart/Möhringen der Landesparteitag der Linken Baden-Württemberg statt.

Die erste Frage, die Teile der interessierten Öffentlichkeit und die Delegierten beschäftigte war sicher die, ob der Landesparteitag tatsächlich zu seiner selbst gesetzten Aufgabe der Vorbereitung der Landtagswahlen 2016 kommen würde, oder ob er von der Auseinandersetzung um die Vorgänge zum Besuch von Blumenthal/Sheen am 9./10. November in Berlin bestimmt würde. (s.u. dazu die Erklärung des geschäftsführenden Landesvorstandes vom 18.11.)

Im Vorfeld des Landesparteitages hatten zunächst Vertreter des Forums demokratischer Sozialismus gefordert, es müsse jetzt eine Diskussion über „den Antisemitismus“ geführt werden. Aus Kreisen der der Antikapitalistischen Linken hieß es, man müsse jetzt „Solidarität“ mit den kritisierten Genossen zeigen. Demgegenüber hatte der geschäftsführende Landesvorstand, unterstützt vom gesamten Landesvorstand, die Fehler kritisiert, eine professionelle Arbeit der MdBs eingefordert, die für die Positionen der Partei Politik macht und nicht für besondere private Ansichten, Rücktrittsforderungen zurückgewiesen und die weitere Diskussion, wenn sie denn zu führen sei, auf die konkreten, realen Fragen des Nahostkonflikts verwiesen.

Heike Hänsel (MdB die Linke), hatte in einem ausführlichen Interview mit dem Tübinger Tagblatt vom 29.11.2014 nicht nur – wie in der ersten Entschuldigung bei Gregor Gysi – Betroffenheit gezeigt, sondern auch inhaltlich Position zu den Fehlern bezogen. Darin kritisiert sie die Positionen von Blumenthal/Sheen, fordert die Zwei-Staaten-Lösung und kritisiert die Hamas und die Raketenangriffe auf Israel.

Vor dem Landesparteitag hatten sich sämtlich Gremien und in der Sache Betroffenen darauf verständigt, wenn überhaupt eine Diskussion über die Vorgänge zum 9./10.11. gewünscht würde, diese in einer begrenzten Aussprache am zweiten Tag zu führen. Eine solche Diskussion wurde aber weder gewünscht noch beantragt. Der Landesparteitag fasste stattdessen mit einfacher Rede und Gegenrede mit großer Mehrheit einen Beschluss, der den Landesvorstand

Quellen:

Rudolph Peters: Artikel „Dschihad“, in John L. Esposito (Hg.), „Oxford Encyclopedia of the Modern Islamic World“, Volume 2, Oxford 1995, Seiten 369 bis 373
Friedrich Wilhelm Graf: „Götter Global“, München 2014
Tamim Ansary: „Die unbekannte Mitte der Welt“, Frankfurt 2010

beauftragt, in 2015 eine Veranstaltung zum Thema: „Die Linke und die aktuelle Entwicklung des Nahostkonflikts“ durchzuführen.

Auseinandersetzung mit der Situation im Land und der Regierungspolitik von Grün/Rot

Die Redebeiträge der Sprecherin des Landesvorstandes, Heidi Scharf, vom Parteivorstandenden Bernd Riexinger, der am zweiten Tag als Gast sprach, der Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes und das ausführliche Grußwort des DGB-Landesvorsitzenden Baden-Württemberg, Nikolaus Landgraf, lenkten die Diskussion auf das Hauptthema des Landesparteitages: die Auseinandersetzung mit der Situation im Land und mit der Regierungspolitik von Grün/Rot.

Dazu fanden am Samstagnachmittag vier Foren auch mit Vertretern/innen der Gewerkschaften und von Verbänden statt mit den Themen: „Gegen Armut in einem reichen Bundesland“, „Bildung ohne Auslese“, „Regionalverkehr und Energiewende“, „Wohnen und bezahlbare Mieten“. Das Forum „Hilfe für Flüchtlinge in Baden-Württemberg“ wird in einer gesonderten Veranstaltung nachgeholt, da die Vertreterin des Flüchtlingsrates kurzfristig erkrankt war.

Nach ausführlicher Beratung und mit zahlreichen Ergänzungen wurde nahezu einstimmig mit wenigen Enthaltungen eine Resolution „Nein zu Armut in einem reichen Land“ verabschiedet und die Beteiligung den Landtagswahlen im Frühjahr 2016 beschlossen mit dem Ziel, die Fünf-Prozent-Hürde zu überschreiten und ab 2016 im Landtag vertreten zu sein. Unter den Schwerpunkten: „Gegen Armut und soziale Ausgrenzung“, für „Bildungsgerechtigkeit“, „für eine neue demokratische Kultur in Baden-Württemberg“, „Flüchtlinge sind willkommen – für Integration und gleiche Rechte“, „Gemeinsam gegen Rechts“, „Mehr Verkehr auf die Schiene – für eine sozial-ökologische Energiewende“, „Investitionsstau (in öffentlichen Einrichtungen) beenden“ werden Positionen und Forderungen zur Landespolitik entwickelt. Die Resolution stellt dem Landesverband die Aufgabe, das Programm zu den Landtagswahlen unter vier Zielpunkten zu entwickeln: „Sozi-

Aus der „Erklärung des geschäftsführenden Landesvorstandes Die Linke Baden-Württemberg zu den Vorgängen um den Besuch von Max Blumenthal und David Sheen in Berlin am 9. und 10.11.2014 (Stuttgart, 18.11.2014)

1. Es ist gut, dass sich drei Mitglieder der Bundestagsfraktion, darunter die beiden baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Heike Hänsel, bei Gregor Gysi und der Fraktion für die „Eskalation vor Gregor Gysis Büro am 10. November 2014“ entschuldigt und sich von der „aggressiven Vorgehensweise und den Beleidigungen gegenüber Gregor Gysi“ distanziert haben. Gregor Gysi hat diese Entschuldigung angenommen.

2. Leider war dies nur der Endpunkt einer Reihe von Fehlern, von Fehleinschätzungen und falschen Entscheidungen. Um den 9. November – in zeitlicher und räumlicher Nähe zum Gedenktage – die Veranstaltungen mit den Kritikern der israelischen Politik, die die Kriegs- und Besatzungspolitik Israels in einen Vergleich bringen mit der Ermordung der europäischen Juden, in dieser Form durchziehen zu wollen, halten wir für einen Fehler. Das war deshalb auch kein Beitrag für die Solidarität mit Palästinenserinnen und Palästinensern. ... Weiter war es falsch, die Einladungspraxis in Bundestagsräume der Abgeordneten mit Blumenthal und Sheen fortzusetzen, nachdem eine Veranstaltung in den Fraktionsräumen unerwünscht war.

3. Wir erwarten von MdBs und von der gesamten Bundestagsfraktion, dass sie zukünftig gemeinsam mit ihren Büros die verschiedenen Widersprüche und Interessen in Konflikten dieser Tragweite angemessen behandeln, und die notwendigen Recherchen zur Einladung von Referenten vorher durchführen. Die Fehler lassen Professionalität vermissen. Wir erwarten eine Klärung, wie diese in Zukunft sichergestellt wird.

4. ... Zu den tatsächlich anstehenden Aufgaben erklärte Gregor Gysi: ... eine Zustimmung zu einem unabhängigen Palästina müsse auch für Deutschland ‚eine Selbstverständlichkeit‘ sein. ... Die UN (haben) 1947 in dem Gebiet die Bildung von zwei Staaten beschlossen, ... es wird höchste Zeit, dass neben einem sicheren jüdischen Staat Israel auch ein sicherer lebensfähiger Staat Palästina im Kern in den Grenzen von 1967 geschaffen wird. Die absichtsvoll demütigende Besatzung durch Israel im palästinensischen Gebiet muss beendet werden.‘ (Der Tagesspiegel, 12.10.2014). ...

5. Austritts- und Rücktrittsfordernisse weisen wir zurück ... In unserer Partei existieren, neben den gemeinsamen Standpunkten, wie sie auch im Parteiprogramm festgehalten wurden, unterschiedliche Sichten auf den Nahostkonflikt. Diese gilt es zu respektieren und zu diskutieren. Eine automatische Gleichsetzung von Kritik unterschiedlicher Art an der israelischen Regierungspolitik mit Antisemitismus halten wir in der Auseinandersetzung weder für zutreffend noch für förderlich. Kritik ist danach zu beurteilen, ob sie in der Sache angemessen, richtig oder falsch ist. ... Es ist und bleibt für uns selbstverständlich, dass antisemitische Positionen – wie jede Form von Rassismus und Diskriminierung – in unserer Partei und auf Veranstaltungen von Partei und Fraktion niemals einen Platz haben dürfen.

ale Mindeststandards“, unter denen niemand genötigt sein darf zu leben und zu arbeiten; Sicherstellung der Versorgung mit öffentlichen Gütern wie Gesundheitsversorgung, Bildung und Ausbildung, sozialer Wohnungsbau, Mobilität; gleiche Rechte und selbstbestimmtes Leben für alle und „gleichwertige Lebensverhältnisse in den Städten und auf dem Land und in allen Regionen“.

Realistische Beurteilung der Chancen – Parteaufbau im ganzen Land

Bekanntlich war das schlechte Abschneiden der Linken mit 2,8% bei den Landtagswahlen 2011 der Anfang der Kette von Misserfolgen und Verlusten der Linken im Westen bei Landtagswahlen. Die Resolution des Landesparteitages nimmt deshalb ausdrücklich Bezug auf die Tatsache, dass es auch in Baden-Württemberg inzwischen in Ansätzen gelungen ist, mit konkre-

ter linker Politik vor Ort die Zahl der Mandate in Gemeinden und Kreisräten auf 115 zu verdoppeln, und dass linke Politik auch in Wahlen Unterstützung findet. Das bedeutet aber auch, dass nur mit der Ausweitung der Präsenz und der Politik in ländlich geprägten Gebieten, in denen die Linke heute kaum vertreten ist, eine Überschreitung der 5%-Hürde realistische Aussichten auf Erfolg hat. Wenn die Ergebnisse der Kommunal- und Europawahlen 2014 und die derzeitigen Wahlumfragen Die Linke im Landesdurchschnitt etwa bei 3,5 bis 4% sehen, dann erfordert ein Gewinn an Zustimmung um rund 2% im Landesdurchschnitt also, an drei Ansatzpunkten die Politik zielstrebig und planmäßig weiterzuentwickeln: Weiterentwicklung der Politik, wo die Linke mit Mandaten vertreten ist, Ausweitung der Präsenz und der beginnenden Einmischung in die Politik, wo sie bisher kaum vertreten ist, und Entwicklung thematischer Präsenz auf Landesebene.

Der Landesparteitag fasste über die Beschäftigung mit dem Hauptthema hinaus noch verschiedene Entschlüsse zu aktuellen Fragen, darunter als wichtigste die zur Aufhebung des PKK-Verbots. Zur Begründung der Forderung sprachen Gökay Akbulut (Gemeinderätin in Mannheim und Mitglied des Landesvorstandes) und in einem ausführlichen Grußwort ein Vertreter der Kurdischen Vereine NAV-DEM (ehem. YEK-KOM).

Christoph Cornides



Inhalt

Aktuell

Die CSU im Kulturkampf – aus heiterem Himmel? • Energiewende: Hinweis auf Widersprüche zur EU-Politik

Neu in Deutschland: Eine Mitte-Links-Regierung kommt in Gang

Aus der Präambel des Koalitionsvertrags: Thüringen gemeinsam voranbringen – demokratisch, sozial, ökologisch Dokumentiert: Antrittsrede von Ministerpräsident Bodo Ramelow

Kritik von ehemaligen Amtsträgern wird beiseite geschoben

Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!

Auslandsnachrichten

Italien: „Job Act“ beschlossen • Schweiz: Tiefschlag für die grafische Industrie • Montenegro: Bauwerkschaft aktiv • Swasiland: Respekt der Gewerkschaftsrechte gefordert • Indien: Ein besseres Leben für die Steinbrucharbeiter • Korea: McDonald's entlässt Gewerkschaftsmitglied • USA Black Friday 3.0: Aktionstag Walmart • Peru: Regierung greift Gewerkschaftsführer an

Aktionen ... Initiativen

Bundeshaushalt 2015 – Zielmarke 0,7 klar verfehlt • Die miesen Tricks hinter der Eon-Spaltung • „Wir haben es satt!“-Demo 2015 • Erklärung der DFG-VK Nordrhein-Westfalen zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 2014 • Alterssicherung: Paritätischer prognostiziert drastischen Anstieg der Altersarmut • Öffentlicher Aufruf für ein atom-waffenfreies Deutschland

Mannheimer Gemeinderat einstimmig für Resolution gegen TTIP-Verhandlungen unter den gegenwärtigen Bedingungen

Solidarität mit Nicole Gohlke – Aktionen zur Aufhebung des PKK-Verbots

Bürgerbegehrensbericht 2014

Kommunale Politik

Nach Anfrage der Linken: Jobcenter Köln korrigiert falsche Praxis. • Arbeitgeberinstitut bestätigt Die Linke: Frankfurt a.M. • Deutschunterricht für Flüchtlinge durch die Stadt bezuschussen: Kassel. • Nachzahlungsansprüche sollen vor Verjährung gesichert werden: Bonn. • Nicht im Interesse der MieterInnen: Bochum. • Obdachlosigkeit zum Thema im Rat machen: Hannover. • Landkreistag begrüßt finanzielles Engagement des Bundes bei Flüchtlingshilfe: Berlin.

Standortdebatte, dokumentiert: IG Metall fordert eine aktive Industriepolitik

Deutsche Akademie der Technikwissenschaften acatech. Dossier Zukunft des Industriestandortes – Abschlussbericht Industrie 4.0.

Wer redet hier eigentlich vom „Heiligen Krieg“?

Linke Baden-Württemberg: Landesparteitag 6./7.12.2014 und die Landtagswahlen 2016

„Winterschule“ in Erfurt vom 2. bis 4. Januar 2015

Kurs Wirtschaft: Big Data und der Schutz der persönlichen Sphäre.

Kurs Philosophie: Rechtslehre der Lohnarbeit

Freier W-Lan Zugang und Recht auf Anonymität im Netz? Diskussionsveranstaltung der Linke-ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung mit Halina Wawzyniak, Bundestagsfraktion der Linken, und Kommunalpolitiker/innen der Linken. Am Freitag, 2.1., 19 Uhr.

Informationen zur „Winterschule“: Die Winterschule 2015 beginnt am **Freitag, 2. Januar 2015 (14 Uhr)**, und dauert bis **Sonntag, 4. Januar 2015 (18 Uhr)**. Wir tagen erneut in der Jugendherberge „Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachteten wir.

Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **Anmeldungen bis 15. Dezember** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch 030-39808805.

fds-Akademie in Frankfurt

Am vergangenen Wochenende (Freitagabend bis Sonntagmittag) trafen sich in Frankfurt am Main über die Tage verteilt wohl an die 90 bis 100 Teilnehmer an der fds-Akademie 2014. Mit verschiedenen Formaten – Podium, Plenum, Workshops – wurden folgende Themen aufgerufen:

- Das „forum demokratischer sozialismus“ (fds) 2014 – Ein Blick zurück, ein Blick nach vorn: Neue Impulse für Die Linke
- Die Linke – Eine neue Bürgerrechtspartei
- Für eine neue Agenda Sozial
- TTIP-Strategien der deutschen und europäischen Linken zum EU-USA-Freihandelsabkommen
- Die Linke unter Strom: Zu Zukunftstechnologien und Energiewende
- Linke Außenpolitik im Brennglas der Aktualität: Zwischen Kobane, Vereinten Nationen und Parteiprogramm
- Die Linke in Regierungsbeteiligungen: Zwischen Utopie und Sachzwängen
- Beiträge des fds zur Entwicklung der Partei Die Linke und Mitarbeit am Zukunftskongress im April 2015

Durchgängig wurden Eingangsvorträge gehalten, die dann Grundlage und Bestandteil der freien und durchaus auch kontroversen Debatte waren. Im Eingangsreferat wurde von der Freude über den großen Zustrom zum „Forum demokratischer Sozialismus“ seit Juni d.J. gesprochen (mittlerweile über

900 Mitglieder der Linken sind Mitglieder im fds). Dies würde als Aufforderung genommen, die Debatten- und Diskurskultur in der Partei Die Linke verstärkt einzufordern und zu befördern. Die Akademie sollte ihren Beitrag dazu leisten – mit Sicherheit hat sie das getan. Über den hashtag #fdsakademie ist im Internet einiges zur Akademie zu finden (z.B. Petra Pau unter http://www.petrappau.de/linke/dok/down/141206_fds-akademie_zukunftskongress.pdf). Auch wenn man kein Follower bei Twitter oder Facebook ist, kommt man doch an einige Informationen übers Netz heran.

Eva Detscher

Aus der Einladung:

„Es war kein einfaches Jahr für das „forum demokratischer sozialismus“ (fds). Auf der einen Seite haben wir mit unseren inhaltlichen Vorschlägen und Forderungen dazu beigetragen, dass innerhalb unserer Partei eine tiefgreifende Debatte über Die Linke in Europa geführt wurde. An deren Ende haben unsere Vorstellungen davon im Europawahlprogramm der Partei Die Linke breiten Widerhall gefunden. Auf der anderen Seite konnten wir unsere inhaltlichen Positionen nicht auch mit unserem personellen Angebot z.B. bei den Wahlen zum Parteivorstand im Mai, untersetzen.“

Zitiert nach: http://www.forum-ds.de/de/article/2342_fds-akademie-2014-vom-5-bis-7-dezember-2014-jetzt-anmelden.html

Zum vormerken: Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 11. und 12. April 2015 in Mannheim

Themenbereich für Samstag: „Dritter Sektor“ („Nicht-Markt, Nicht-Staat, Nicht-Familie“) und linke Konzepte hierfür. Außerdem Vereinsangelegenheiten. Themenbereich für Sonntag: „Fundamentalismus“ nicht nur ein religiöses Problem. Wie im Vorjahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim.

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in sechs Wochen am 22. Januar 2015.

Redaktionsschluss: Freitag, 16. Januar.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die Erscheinungstermine 2015:

22. Jan., 19. Feb., 19. März, 16. April, 14. Mai, 11. Juni, 9. Juli, 6. August, 1. Okt., 29. Okt., 26. Nov., 23. Dez.